

AKUT

Bonner Student-inn-enMagazin

Nr. 224 Oktober 1987

Sieg Heil!!

Wahl in Bremen

RFS

Bücher

Universitätsbibliothek
Bonn

etc...etc...

INHALT

2 AKUT

HOCHSCHULE

KRITISCHE UNI

4

Unter anderen um die Themen "Frauenmacht" und "Männergewalt" geht es bei der diesjährigen KU. Erläuterungen dazu von Gabi Hermannsky und Frank Frick

STUDENTEN AN DIE LEINE NEHMEN

6

Ein alter Vorschlag des RCDS wird bei Möllemann salonfähig: Das Bundesstudent/inn/enparlament. Es kommentiert Jan Baumeister

"WER WAS AUF SICH HÄLT; LEBT NUR NOCH VON KREDIT"

8

Noch mal Möllemann. Mit Krediten, sagt er, sollen wir das Studium finanzieren. Dazu Michael Venner

MASSE STATT KLASSE

9

Doch im Lande siehts nicht besser aus. Anke Brunn will den Hochschulen eine neue Struktur verpassen. Ein Versuch hierzu von Michael Venner

ERGEBNISSE DER JOB-UMFRAGE

10

Kärglich waren sie ja, aber dennoch: Die Ergebnisse der Job-Umfrage, ausgewertet von Jan Baumeister

DAS MILLIONENDING

12

Laut Satzung müssen wir den Haushalt der Student/inn/enschaft veröffentlichen. Es erläutert der Finanzreferent

"REALISTISCHES MENSCHENBILD" UND NATIONALISMUS

17

Der RFS Bonn versucht's mal wieder. Eine Bestandsaufnahme von Jan Baumeister

WIR LASSEN UNS NICHT AUSQUETSCHEN

18

Als Praktikumsgelehrer verkleidet, kommen die Studiengebühren im biologischen Institut daher. Über den Kampf dagegen berichtet die Fachschaft

CHAOS DURCH UNBEKANNTE STUDIENORDNUNG

19

Die neue Studienordnung macht den Germanist/inn/en Kummer. Die Fachschaft versteht das

IMPRESSUM



Paris im Mai 1968

akut-nR. 224
VOM 12. OKTOBER 1987
NACHRICHTENBLATT DER
BONNER STUDENTINNEN
& STUDENTEN

DIE REDAKTION:

jan baumeister
(v.i.s.d.p.)
anna köbberling
heike struck
michael venner

MITARBEITER-INNEN- AN DIESER AUSGABE:

arnold bruns
margret feit
frank frick
gabi hermannsky
detlev kamps
josef macher
(danke, jupples)
hartmut meyer
bert schellenberger
mc kuhle wampe

HERAUSGEBERIN:
STUDENTINNENPARLAMENT
DER R.H. FRIEDRICH-
WILHELMS-UNIVERSITÄT ZU BONN
REDAKTIONSSCHLUSS FÜR DIE
NÄCHSTE AUSGABE:

3. NOVEMBER 1987

DRUCK:
druckladen
EUSKIRCHENER STR., BN 1

NAMENTLICH GEKENNZEICHNETE
ARTIKEL GEBEN NICHT
UNBEDINGT DIE MEINUNG DER
GESAMTEN REDAKTION WIEDER.
FÜR UNVERLANGT EINGESANDTE
MANUSKRIPTE WIRD KEINE
HAFTUNG ÜBERNOMMEN.
KÜRZUNGEN VORBEHALTEN.

REDAKTIONSANSCHRIFT:

akut-BÜRO
NASSESTR. 11/1
5300 BONN 1
TEL. 0228/73-7040

EDITORIAL

INHALT

AKUT 3

Liebe Freundinnen und Freunde

das Semester ist da; AKUT ist wieder da. Wir haben die Ferien zu fruchtbarer Selbstfindung genutzt und hoffen, daß Euch das Ergebnis gefällt.

Diese Ausgabe hat kein bestimmtes Motto. Dennoch gibt es natürlich Schwerpunkte. So wollen wir vor dem Möllemann-Gastspiel in der Uni (5.11.) über seine Ideen zur Hochschule informieren. Es sei an dieser Stelle betont: AKUT unterstützt den ANTI-FASCHISTISCHEN KAMPF mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Während der Vorbereitung dieser Ausgabe bekam die AKUT Besuch. Ein Iraner bat um die Gelegenheit, im Rahmen eines Interviews seine Meinung über die Lage am Persischen Golf in AKUT ausdrücken zu dürfen. Er gab an, einem Komitee unter dem Motto "Amerika raus aus dem Golf" anzugehören. Trotz eines langen Gesprächs kam aber nicht heraus, wer genau hinter ihm steht. Daher kam das Interview nicht zustande. Wir lassen uns nämlich nicht zum Sprachrohr dubioser anonymer Orga-

nisationen oder sogar des iranischen Außenministeriums machen. Nichtsdestotrotz werden wir über den Iran in Zukunft verstärkt berichten, besonders auch über die verfolgten GenossInnen im Exil.

AN ALLE HOCHSCHULGRUPPEN!

Ab der nächsten Ausgabe wird die "Pluralismuseite" eingeführt! Hier sollen sich alle Gruppen zu einem bestimmten Thema, das wir vorgeben, kurz, aber inhaltsschwanger äußern. (Das erste Thema wird rechtzeitig mitgeteilt) Die Studentinnen und Studenten können so die verschiedenen Ansichten hoffentlich besser vergleichen.

Noch was: Der Weggang von Jürgen Brües nach Wien (ausgerechnet nach Wien, wir erinnern an AKUT 221) riß ein tiefes Loch in unsere Reihen, war er doch der Layouter vom Dienst.

Wenn also das Layout dieser Ausgabe nicht so elegant wie sonst ausfiel, könnt ihr uns noch mal verzeihen? Wir lernen noch.

BIS BALD
EURE AKUT-REDAKTION

AKUTES

...DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN ! 21

VRS = Vor Riesenandrang sicher. Der neue Verkehrsverbund und was daran falsch ist, von Michael Venner

MEHR ALS NUR EIN MOTORRAD-CLUB 23

Ein Motorradclub mit politischem Engagement, das ist der MC "Kuhle Wampe Bonn/Rhein-Sieg", der sich hier vorstellt

BETON UND BAGGER 24

Wie in Bonn mit alter Bausubstanz umgegangen wird, ist seit dem Friedensplatz bekannt. Beim Thema "Synagoge" wird auch noch die eigene Vergangenheit verdrängt, meint Heike Struck

FASCHISTEN IN BREMEN 25

Sie marschieren wieder: Gerhard Freys neofaschistische DVU zog in die Bremer Bürgerschaft ein. Über die Entwicklung in der Hansestadt berichtet Heike Struck

VOLKSZÄHLUNG - ZUM STAND DER DINGE 26

Fünf Monate ist's nun her. Zeit, Bilanz zu ziehen, meint Jan Baumeister

ES GIBT IN DER BUNDESREPUBLIK KEINE FREIEN WAHLEN MEHR 28

Und wieder wurde ein DKP-ler aus dem Beamtendienst verbannt. Die Kommunistenangst in der BRD versteht Detlev Kamps nicht

KULTUR

DER MÜLL, DIE STADT UND DER TOD 32

Klüngel und Kungel um freie Kultur. Wie Brotfabrikant/inn/en, Faßbender/innen und die hiesige CDU um die Zentren feilschen. Ein Beitrag vom AStA-Kulturreferat

RUBRIKEN

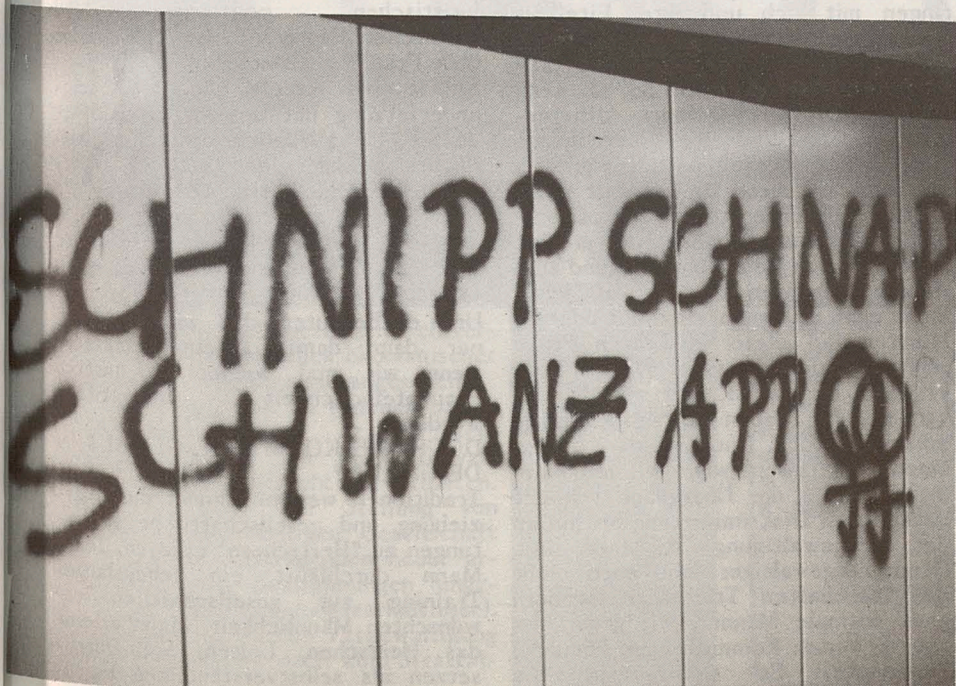
LESERBRIEFE 29/30

TERMINE 20/31

MELDUNGEN 22

BÜCHER 34/35

LYRIK 36



Liebe Leserinnen und Leser

Aufgrund der Tatsache, daß das Editorial nach fünfzehnstündiger Layout-Arbeit entstand, enthält es einen Fehler.

Wir bitten Euch um Entschuldigung und liefern die korrigierte Fassung hier nach.

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Semester ist da; AKUT ist wieder da. Wir haben die Ferien zu fruchtbarer Selbstfindung genutzt und hoffen, daß Euch das Ergebnis gefällt.

Diese Ausgabe hat kein bestimmtes Motto. Dennoch gibt es natürlich Schwerpunkte. So wollen wir vor dem Möllemann-Gastspiel in der Uni (5.11.) über seine Ideen zur Hochschule informieren. Das gleiche gilt für die verstärkten Bemühungen von Neofaschisten, in Uni und Republik Fuß zu fassen. Es sei an dieser Stelle betont: AKUT unterstützt den ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln.

Die Satzung der Student/inn/enschaft verpflichtet die AKUT, den Haushalt zu veröffentlichen. Dieser Pflicht tun wir in diesem Haft Genüge.

Während der Vorbereitung dieser Ausgabe bekam die AKUT Besuch. Ein Iraner bat um die Gelegenheit, im Rahmen eines Interviews seine Meinung über die Lage am Persischen Golf in AKUT ausdrücken zu dürfen. Er gab an, einem Komitee unter dem Motto "Amerika raus aus dem Golf" anzugehören. Trotz eines langen Gesprächs kam aber nicht heraus, wer genau hinter ihm steht. Daher kam

das Interview nicht zustande. Wir lassen uns nämlich nicht zum Sprachrohr dubioser anonymer Organisationen oder sogar des iranischen Außenministeriums machen. Nichtsdestotrotz werden wir über den Iran in Zukunft verstärkt berichten, besonders auch über die verfolgten GenossInnen im Exil.

AN ALLE HOCHSCHULGRUPPEN!

Ab der nächsten Ausgabe wird die "Pluralismusseite" eingeführt! Hier sollen sich alle Gruppen zu einem bestimmten Thema, das wir vorgeben, kurz, aber inhaltsschwanger äußern. (Das erste Thema wird rechtzeitig mitgeteilt) Die Studentinnen und Studenten können so die verschiedenen Ansichten hoffentlich besser vergleichen.

Noch was: Der Weggang von Jürgen Brües nach Wien (ausgerechnet nach Wien, wir erinnern an AKUT 221) riß ein tiefes Loch in unsere Reihen, war er doch der Layouter vom Dienst.

Wenn also das Layout dieser Ausgabe nicht so elegant wie sonst ausfiel, könnt ihr uns noch mal verzeihen? Wir lernen noch.

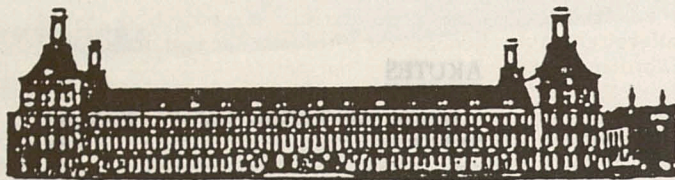
BIS BALD

EURE AKUT-REDAKTION

...übrigens:

Während des Layouts zu dieser Ausgabe starb Uwe Barschel. Die Redaktion hat ein Alibi.

d
d
r
d
D
M
S
M
ti
in
b
F
ih
W
g
In
R
n
G
E
M
a
sp
g
d
la
ro



KRITISCHE UNI

In der Woche vom 30.11. bis 4.12. steigt die vierte Kritische Uni. Zwei Schwerpunktthemen des unter Mitwirkung vieler Initiativen und Fachschaften entstandenen Programms sollen an dieser Stelle zur Diskussion gestellt werden. Dies sind die Themen "Frauenmacht - Frauen in Institutionen" und "Männergewalt". Wir harren eurer Reaktion!

Es geht um uns, uns Frauen, Feministinnen. Forderungen von punktuellen Verbesserungen bis zur radikalen Gesellschaftsveränderung hat jede von uns. Aber wie setzen wir unsere Interessen und Forderungen durch?

Seitdem wir (zu Beginn der neuen Frauenbewegung) anfangen uns zusammenzufinden, Frauengruppen bildeten, bemerkten, daß unser individueller Scheiß ganz kollektiv war, und uns organisierten, ist es keine Frage mehr, daß wir politisch werden mußten, politisch sein müssen. Dafür war (und ist) es unerläßlich, daß wir uns über Machtstrukturen bewußt wurden. Nicht nur die patriarchale Macht der Männer unterdrückt uns, sondern auch unser Glaube an unsere Ohnmacht lähmt uns. Ohn-Macht? Oder haben wir nicht vielmehr spezifisch "weibliche" Machtstrukturen ausgebildet? Begreifen wir uns also als machtlose Opfer oder machtvolle Unterstützerinnen des Patriarchats?

Frauenmacht ist immer noch ein grundlegendes Thema, das uns interessieren muß, wollen wir tatsächlich etwas verändern.

Wie gehen wir desweiteren mit der uns angebotenen Partizipation an den bestehenden institutionellen Machtstrukturen um? Haben wir mit dem Weg aus den autonomen, selbst entdeckten Strukturen in die bestehenden gesellschaftsrelevanten Institutionen schon ein Ziel erreicht? Oder besteht nicht die Gefahr der Verwässerung unserer eigentlichen Ziele dadurch, daß wir nun in allen bestehenden Institutionen ein kleines Bißchen mehr mitmischen dürfen? Liegt z.B. nicht eine unüberschaubare Gefahr unseres feministischen Kampfes genau darin, daß wir unsere Energien und Power darauf konzentrieren, zu mindestens 50 % an den bereits bestehenden (patriarchal-kapitalistischen) Machtformen teilzuhaben (Stichwort Quotierung) anstatt neue zu entwickeln und diese einzufordern? Frauen in Institutionen ist daher einer der Bereiche, dem auf der diesjähri-

gen KU ein breiterer Raum eingeräumt werden soll. Auch in der Frauenbewegung ist dieses Thema erneut aktuell, vor allem vor dem Hintergrund, daß sog. Frauenpolitik nunmehr in allen Parteien gemacht wird und wir in der Gefahr stehen, in die Defensive zu geraten. Daher sind für die KU, die vom 30. November bis zum 4. Dezember an der Bonner Uni stattfinden wird, Frauen aus Politik,

Parteien, Hochschule und kommunalem Verwaltungssektor eingeladen, um von ihren Erfahrungen zu berichten, um mit uns über den Sinn institutioneller Frauenpolitik zu diskutieren und um weitere und neue Strategien zu entwickeln.

Das ausführliche Programm der gesamten KU '87 wird ab Anfang November überall (wo sonst) ausliegen.

Gaby Hermanski

Männergruppen, Männerzentren, Männerbüros und Männerzeitingen werden zuhauf gegründet. Allerorten viel belächelt und parodiert arbeiten sie an ihrer Rolle. Wird durch sie die Gewalt von Männern tatsächlich zu einer wichtigen Frage der Männer, oder stellen diese sich dadurch sogar selber in Frage?

Die Gewalt von Männern gegen Frauen wird immer häufiger in den verschiedensten Gruppen und Gremien zu einem heiß diskutierten Thema, was sicherlich ein Erfolg der Frauenbewegung ist. Die Männer geraten in die Defensive, wenn sie mal in ihrer allerheiligsten Männlichkeit erschüttert werden, reagieren beklommen, ringen mit sich und ihrer Eitelkeit und bringen letztendlich doch nur ein wehklagendes "ach, ja meine Sozialisation" über ihre Lippen. So, als wenn das bewußte Stehen zum Althergebrachten schon dessen Überwindung bedeutete. Ich kenn's nur allzu gut, da ich mich auf diese Weise selbst schon häufiger als ungeeigneter Diskussionspartner erwiesen habe. Nur wenige Männer haben bisher überzeugend zum Ausdruck bringen können, daß ihnen nicht egal ist, wenn alle fünf oder 15 Minuten (an dieser makabren Frage schneiden sich die Geister) eine Frau vergewaltigt wird, Kinder sexuell mißhandelt und Frauen tagtäglich diskriminiert werden. Und dies darf keinen Mann kalt lassen, wenn wir uns klar machen, daß die Übergänge von der alltäglichen Diskriminierung bis hin zu der Vergewaltigung fließend sind. Denn Vergewaltiger sind eben nicht die krankhaften Triebtäter, sondern ganz normale Männer, wie jeder von uns sie kennt: Kommilitonen, Freunde, Verwandte. Es sind nicht die

anonymen Irren, denn 70 % aller Vergewaltiger kommen aus den sozialen Umfeld der Opfer. Es sind Arbeitskollegen, Freunde, Ehemänner ...

Es reicht somit auch nicht, nur "Nicht-Täter" zu sein ("Ich bin aber kein Vergewaltiger"), da die körperliche Gewaltausübung nur das "private" Ende der wirtschaftlichen, juristischen, politischen und kulturellen Herrschaft ist, die Männer über Frauen ausüben.

Ein solcher Ansatz für die Auseinandersetzung mit unserer Gewalt bedeutet, die alltägliche Bedrohung von Frauen aus der (potentiellen) Täterperspektive zu betrachten, den Täter beim Namen zu nennen, einen eigenen Weg zu finden, wie wir uns unsere eigenen Gewaltstrukturen aufzeigen können.

Und es bedeutet, daß wir uns nicht nur dann damit auseinandersetzen, wenn wir mal wieder ob unserer Frauenfeindlichkeit angegriffen werden.

DOCH WIE KOMMT DIE GEWALT IN DEN MANN?

Traditionell werden Männer durch Erziehung und gesellschaftliche Erwartungen zu "Herrschern" erzogen. Jeder Mann durchläuft ein lebenslanges Training zur gesellschaftlich erwünschten Männlichkeit. Mann erlernt das Herrschen, Leiten, Sich-Durchsetzen als selbstverständliche Eigen-

schaft.

Trotz dieser trainierten Herrschaft gelten patriarchale Strukturen immer noch als das Resultat biologischer Eigenarten. "Frauen sind eben von Natur aus emotionaler" - wo zeigt sich der gut verpackte Sexismus besser, als in solchen Aussagen, die ein Verhalten im gesellschaftlichen Kontext als natürlich und somit unveränderbar ansehen.

Oder selbst bei linken Männern: ob in früher patriarchalen Gesellschaften oder in der heutigen kapitalistisch - patriarchalen Gesellschaft - patriarchale Strukturen werden eher als

Dieser patriarchale Konsenz bestimmt selbstverständlich auch die Sexualpolitik. Wie sonst wäre es zu erklären, daß Normal-Mann so allergisch auf Schwule reagiert. Sie gefährden diesen Konsenz über die Männlichkeit, Überlegenheit, Macht schon allein dadurch, daß sie keine richtigen (=Herrschenden) Männer sind.

Unser Weg gegen die Männergewalt muß damit beginnen, daß wir die Mechanismen aufdecken, die unsere Männlichkeit ausmachen.

Es besteht somit auch keine Interessenidentität zwischen Männern und Frauen im Patriarchat, da wir niemals

für Frauen sprechen können, was uns jedoch nicht davon abhalten sollte, unsere Solidarität zu beweisen. Dies könnte die Aufgabe des anmaßenden Anspruchs darstellen, als Mann die Grenzen männlicher und weiblicher Identität und Sexualität zu definieren und letztendlich darüber zu entscheiden, wann feministische Forderungen vernünftig, orthodox oder hysterisch sind.

Unsere Gewalt ist für mich ein Zeichen unserer Schwäche, denn sie drückt unsere Unfähigkeit aus, ohne unsere "Herrschaft" leben zu können.

Frank Frick



Resultat eines bedauerlichen Fehlverhaltens als als Ausdruck ökonomischer und sozialer Verhältnisse angesehen. Hinzu kommt, daß im Rahmen dieser Verhältnisse der Staat sein Möglichstes tut, um diese Gewalt gegen Frauen aufrecht zu erhalten. Denn angesichts der Stellung von Frauen in der heutigen Gesellschaft sind sie die Leittragenden neuer arbeitsrechtlicher Bestimmungen (ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse). Geschweige denn, daß Vergewaltigung in der Ehe immer noch kein Straftatbestand ist.



Anzeige

● New York	ab DM	775,-	● Toronto	ab DM	795,-
● Male	ab DM	1295,-	● Goa	ab DM	1595,-
● Karachi	ab DM	1295,-	● Bombay/Delhi	ab DM	1395,-
● Colombo	ab DM	1195,-	● Manilla	ab DM	1755,-
● Jakarta	ab DM	1755,-	● Hong Kong	ab DM	1695,-
● Lima	ab DM	1895,-	● Rio	ab DM	1855,-
● Sao Paulo	ab DM	1995,-	● Santiago	ab DM	2295,-
● Sydney	ab DM	2295,-	● Tokio	ab DM	2195,-
● Johannesburg	ab DM	1695,-	● Osaka	ab DM	2195,-

Reisebüro Silvester

Bornheimer Straße 102 · 5300 Bonn 1

Tel. (02 28) 63 11 01

Der Indienspezialist

HOCHSCHULE

Am 5. November erhält die Universität hohen Besuch. Auf Einladung des AStA kommt Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann zu einer Diskussionsveranstaltung mit den Studentinnen und Studenten in HS 10 (genaue Uhrzeit wird noch bekanntgegeben, auf Plakate achten). Möllemann hat sich in den acht Monaten seiner Amtszeit schon mehr Klöppe geleistet als manche/r seiner VorgängerInnen in seiner/ihrer gesamten Amtszeit. Als Beispiele kommentiert AKUT seine Gedanken zum Bundesstudent/inn/enparlament und zur Bafög-Neuregelung.

STUDENTEN AN DIE LEINE NEHMEN

Rechtloses Parlament contra Bundesverband der ASten



Studentendemo in Göttingen, Mai 1987

Unruhe wie in den späten 60ern sieht Bildungsminister Möllemann an den Universitäten aufkommen. Die Streiks in Niedersachsen geben ihm zu denken. Doch nicht seine Politik will er ändern, sondern die bundesweite Organisation der Studentenschaften. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften, die als Verbindung zwischen Aufzählern in allen Ecken der Republik dienen könnten, sollen weg. Ein Bundesstudentenparlament soll her. Einen Entwurf gibt es auch schon: vom RCDS.

Nachdem Bildungsminister Möllemann im Mai '87 erklärt hatte, er denke an die Einrichtung eines Bundesstudentenparlaments, beschloß der Bundesausschuß des RCDS am 17.-19. Juli einen konkreten Vorschlag dazu. Der sieht ein Parlament vor, das einmal im Jahr über Landeslisten gewählt wird, wobei es je angefangene 10.000 Studierende eines Bundeslandes ein Mandat geben soll. Das BSP soll mindestens zweimal im Semester tagen. Es wählt einen Präsidenten bzw. eine Präsidentin und sechs Sprecher/innen. In diesem Sprecherrat sollen die Gruppen gemäß ihrer Fraktionsstärke vertreten sein. Dem hohen Haus käme die Aufgabe zu, "Empfehlungen" zu beschließen, Vertreter/innen in "hochschulnahe Verbände" zu entsenden und die Regierung zu beraten. Exekutivbefugnisse hätte das BSP nicht, ein dem AStA entsprechendes Organ soll es nicht wählen. Politische Erklärungen dürfte es nicht abgeben. Jede/r Student/in soll 1 DM Jahresbeitrag zahlen, für Projekte stünden Staatsmittel zur Verfügung. Die Rechtsaufsicht über das BSP hätte der Bundesbildungsminister. Entsprechend diesem Modell sollen auch Landesstudentenparlamente entstehen.

Drei Tage nach dem RCDS-Beschluß verbreitete das Bildungsministerium dessen Entwurf per Presseerklärung. Darin heißt es, daß auch "liberale Hochschulgruppen" (gemeint ist der FDP-nahe Sozialliberale Hochschulverband) sich für ein BSP ausgesprochen haben. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) oder Sprecher/innen jener Gruppen, die in fast allen örtlichen Studentenparlamenten die Mehrheit stellen, wurden nicht gefragt. Das hat Grund: übernimmt Möllemann doch die Formulierung des RCDS, die VDS sei "praktisch nur noch ein Handlungsfeld kommunistischer Splittergruppen" und "bedauerte, daß aufgrund einer solchen Entwicklung die Anliegen der Studierenden (...) überregional nicht wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden könnten".

Die VDS, die der Minister durch sein BSP ersetzen will, sind der freiwillige Zusammenschluß der ASten auf Bundesebene. Von ca. 200 ASten sind ca. 170 in den VDS. Auf den Mitgliederversammlungen des Vereins haben die ASten je nach Größe ihrer Hochschule eine oder mehrere Stimmen (Bonn z.B. 23). Kleinere Hochschulen werden etwas begünstigt. Die Stimmen eines AStA müssen en bloc abgegeben werden, d.h. die politischen Gruppen,

die den AStA bilden, müssen sich einigen. Wenn Möllemann sagt, die "gemäßigten" (lies: CDU/FDP-orientierten) ASten haben sich aus der VDS zurückgezogen, so ist das richtig. Allerdings gibt es davon nur zwei oder drei!

Die anderen politischen Strömungen arbeiten in der VDS mit und sind auch im Zentralrat, dem aus 30 ASten bestehenden höchsten Gremium zwischen den Vollversammlungen, präsent. Im einzelnen sind das die Gruppen der "gewerkschaftlichen Orientierung" (GO) - in Bonn "Mach Mit" und "Wehrt Euch" -, die "Basisgruppen" (BG) - LUST und GAG -, die Jusos, die linksliberalen Jungdemokraten (RSG) und das Plenum der "Unabhängigen" (U).

Die politische Zusammensetzung der VDS schmeckt den Politikern nicht. Sie versuchen den Verband zu ignorieren und treffen sich lieber mit einer Gruppe wie RCDS und SLH, die bundesweit bei den SP-Wahlen keine 30 % der Stimmen erreichen. Das gilt für Möllemann genauso wie für den bildungspolitischen Ausschuß des Landtags von NRW, der zwar zusätzlich die Jusos einlädt, um die gesetzlichen Studentenvertretungen aber einen Bogen macht.

"Die ganze Richtung paßt mir nicht"

Warum Möllemann die "kommunistischen Sekten" aus den VDS plötzlich doch interessieren, ließ er in einer

Rede vor der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) durchblicken:

"Wir erleben heute die Entwicklung eines neuen großen Konfliktpotentials an den Hochschulen. Dabei ähnelt die heutige Lage, wenn auch die Prämissen heute andere sind, einer Situation, die wir gegen Ende der 60er Jahre beobachten konnten: Für wichtige und dringende Fragen, beispielsweise zur zukünftigen Bemessung der Bildungsausgaben, oder zu den beruflichen Perspektiven von Hochschulabsolventen, gibt es z. Zt. keine umfassenden, alle befriedigenden Lösungen oder Antworten. - Um so mehr ist ein grundlegender Dialog zwischen Politik und Hochschulen notwendig. Dies setzt voraus, daß die Politiker in die Hochschulen gehen; dazu ist es aber auch erforderlich, daß die Lehrenden den Lernenden Orientierungen und Vorgaben vermitteln, in welchen demokratischen Formen dieser Dialog stattfinden muß. Meine Begegnungen mit Studenten bestärken mich in meiner Auffassung, daß eine adäquate Vertretung der Studenten auf Bundesebene wünschenswert ist. (...)"

Übersetzung: An den Unis droht Zoff wie vor 20 Jahren, weil es weniger Kohle gibt und viele nach dem Stu-

dium in die Röhre gucken. Trotzdem sollen sie artig Pfötchen geben. Das sollt Ihr, liebe Profs, den Studenten vormachen und das Bundesstudentenparlament soll es nachmachen.

Hier liegt also das Problem! Nicht mangelnde Legitimation durch die Student/inn/en ist es, was den Minister an der VDS stört, sondern mangelnde Artigkeit. Das war nicht immer so. Die VDS sind 1974 aus einer Fusion des "Verbandes deutscher Studentenschaften" mit der Vereinigung der Ingenieurhochschulen (heute: Fachhochschulen) entstanden. Der alte VDS war bis 1967 einheitlich rechts, denn in der ganzen BRD gab es keinen linken AStA. Damals trafen sich Politiker von der Couleur des Herrn Möllemann gerne mit VDS-Sprechern. Auch das politische Mandat war kein Problem: Fackelzüge zum 17. Juni gefielen den Herrschenden. Niedersachsens ehemaliger Kultusminister Remmers am 7.1.77 zur Berechtigung eines AStA, Erklärungen über den Rahmen studentischer Angelegenheiten hinaus abzugeben:

"Dies ist an sich möglich. Als ich Student war, haben wir das auch gelegentlich getan. Heute stellt sich das Problem jedoch anders, weil sich in

der Studentenschaft linksextreme Ansichten festgesetzt haben."

Nach der Linkswende in fast allen ASten im Zuge der Studentenbewegung begannen die Prozesse gegen einzelne Studentenausschüsse und die VDS wegen Wahrnehmung des politischen Mandats. Burschenschafter riefen auf: Klagt die VDS kaputt! Gerichte verboten ASten Beitragszahlungen an die VDS, es sei denn zweckgebunden für ein bestimmtes Projekt. Die VDS hat die Klagen überlebt genauso wie die erbitterten Richtungskämpfe zwischen den linken Gruppen. Jetzt will Möllemann sie per Gesetz beseitigen. "Möllemanns Vorgehen erinnert an die Brecht'sche Erkenntnis, wonach sich die Herrschenden ein neues Volk wählen sollten, wenn ihnen das alte nicht gefalle", kommentierten die Basisgruppen in einer Stellungnahme.

Wenig Beifall für BSP

Inzwischen haben sich außer den linken Hochschulgruppen und dem U-Plenum auch die GEW-Studentengruppe, die Evangelische Studentengemeinde, die Katholischen Hochschulgemeinden und Politiker von SPD und Grünen gegen ein BSP gewandt.

Da RCDS und Minister auch in einem BSP mit einer linken Mehrheit rechnen müssen, schlagen sie ein basisfernes, fast handlungsunfähiges Gremium vor. In einem Brief an WRK-Präsident Seidel, wiesen die VDS u.a. auf folgende Punkte hin: Die Wahl über Landeslisten verhindert die Bindung der Gewählten an eine Hochschule; das BSP hat keine Kompetenzen; der Sprecherrat legt sich selbst lahm, da in ihm auch Vertreter der Minderheit sitzen (wie eine Bundesregierung, in der auch die Opposition sitzt); Gruppen, die nur an einer Hochschule arbeiten, haben gegenüber bundesweiten Verbänden keine Chance.

Dem Bildungsminister haben die VDS einen Gesprächstermin in Sachen BSP vorgeschlagen - mit kuriosen Folgen. Zwar hat der Minister noch nicht zugesagt, doch schickte er seinen Jockel aus, um zu hören, wie sich denn die VDS-Delegation politisch zusammensetze? Der Jockel hieß Karl Zissel und tauchte im AStA der Uni Marburg auf, im Auftrag eines Möllemann-Mitarbeiters. Wer denn Katina Schubert und Uli Hundertmark seien? Das sind VDS-Referent/inn/en der Basisgruppen und Unabhängigen. Der Jockel hörte das nicht gern: es paßte nicht zur These von den "kommunistischen Sekten".

Jan Baumeister



Helm ab zum "demokratischen Dialog" - das Bundesstudentenparlament nimmt Aufstellung

"Wer was auf sich hält, lebt nur noch von Kredit"

Die Zahl der BaföG-EmpfängerInnen unter den Studentinnen und Studenten ist weiter rückläufig. 1986 sank sie im Vergleich zum Vorjahr wiederum um 5%. Das Bundesbildungsministerium ist gefordert, hier Abhilfe zu schaffen. Im Juli stellte Minister Jürgen Möllemann die Modelle vor, die seiner Meinung nach geeignet sind, das sogenannte "Mittelstandsloch", d.h., Familien mit Bruttoeinkommen zwischen 53000 DM (ein Kind in Ausbildung) und 94000 DM (4 Kinder, zwei aus-

Möllemann favorisiert dabei das Modell des Freiburger Wirtschaftswissenschaftlers Alois Oberhauser. Danach zahlen die Eltern fünf Jahre lang etwa 300 DM pro Monat an eine zentrale staatliche Bank. Diese stellt dem/der Studierenden ein monatliches Darlehen von 600 DM zur Verfügung. Vier Jahre nach Beendigung des Studiums zahlen Eltern oder StudentIn zehn Jahre lang 300DM/Monat an die Bank zurück. Dies bedeutet: Die monatlichen 300 während des Stu-

mal versucht, von 600 DM im Monat zu leben? Etwa 50% gehen schon für die Miete drauf. Die Studierenden sind also darauf angewiesen, nebenbei zu jobben, wodurch sich die Studienzeit, die laut Minister eh zu lang sind, garantiert nicht verkürzt.

Das andere Modell in der Diskussion ist das "Bildungskreditmodell". Hierbei stellen Eltern und Auszubildende/r gemeinsam einen Antrag auf Abschluß eines Bildungskreditvertrages. Die Zusage erfolgt nach "Bonitätsprüfung". Normalerweise erfolgt dann eine Kreditzahlung von 400 DM. Die Eltern zahlen die gleiche Summe, die sie zur Hälfte aus Kindergeld und Steuerfreibeträgen bestreiten. Zur Rückzahlung sind grundsätzlich die Eltern verpflichtet. Eventuell kann die Rückzahlungssumme (ca. 10 Jahre 200 DM/Monat) zwischen Eltern und StudentIn aufgeteilt werden. In jedem Fall besteht eine wechselseitige Ausfallhaftung.

Wem bringen diese Vorschläge etwas? Antwort: Allein dem Staat, den sie nichts kosten. Den Studierenden und ihren Eltern verursachen sie lediglich Kosten, denn nicht nur, daß jede Mark zurückgezahlt werden muß, nein, hinzu kommen noch beträchtliche Zinsen. Die Finanzierung des Studiums wird keineswegs erleichtert, sie bleibt in jedem Fall an den Eltern hängen und wird sogar teurer.

Studienfinanzierung muß jedoch eine Sache des Staates sein. Es wäre geraten, statt einer unsinnigen "Steuerreform", die ja eigentlich nur eine Umverteilung von unten nach oben ist, Sozialleistungen wie etwa BaföG auszubauen und allen StudentInnen eine nicht zurückzahlbare finanzielle Beihilfe zu gewähren, die ihren Lebensunterhalt sichert. Doch das darf man/frau von dieser Bundesregierung wohl nicht erwarten, die "versprochen" hat, bis 1989 keine weiteren Sozialgesetze zu beschließen. Der Wirtschaftsliberale Möllemann macht da weiß Gott keine Ausnahme, ist doch auch er den Unternehmern und Großverdienern verpflichtet. Diese brauchen sich um die Finanzierung des Studiums ihrer Kinder wahrlich keine Sorgen zu machen. Das Schlagwort: "Bildung für alle" verkommt unter Möllemann zu einer Farce. Aber vielleicht ist das Absicht. Wundern tät's nicht...

Michael Venner



Statt Doro jetzt Jürgen: Der BaföG-Kampf geht weiter

wärts studierend) zu überbrücken. Diese Familien müssen die Ausbildungskosten bislang aus eigener Tasche bestreiten.

Was ist herausgekommen? Obwohl Möllemann sich viel Zeit für die Untersuchung nahm, beim Bundestag sogar um Aufschub bitten mußte, griff er schließlich auf die Vorschläge seiner Amtsvorgängerin Doro Wilms (CDU) zurück, die seit einigen Jahren schon in den Schubladen des Ministeriums lagerten. Hierbei handelt es sich um eine Finanzierung des Studiums durch sogenannte "Bildungskredite".

diums dienen allein der Zinstilgung. Es heißt weiter: Die Bank macht bei der Geschichte noch einen ordentlichen Reibach. Schließlich bedeutet es: Der/die StudentIn ist während des Studiums von den Eltern finanziell abhängig. Die Erklärung der Bundesregierung sagt dazu: "Eltern und Kinder sind dadurch auf gemeinsames Handeln bei der Planung der Ausbildung und ihrer Finanzierung angewiesen." Das kann heißen: Wenn Papa will, daß Tochter/Sohn Jura studiert, kann er finanziellen Druck ausüben. Die Loslösung vom Elternhaus wird so sicher nicht erleichtert. Letzter Punkt: Hat Herr Möllemann schon ein-

Masse

Mitte Juli dieses Jahres veröffentlichte das nordrhein-westfälische Bildungsministerium die Strukturpläne zur Hochschulentwicklung, die nach Angaben von Ministerin Anke Brunn nicht nur für 1988, sondern bis zum Jahr 2001 reichen sollen.

War schon der Termin der Bekanntgabe - kurz vor Semesterende - aus Sicht der Landesregierung ausgesprochen günstig gewählt, - die Studierenden konnten nicht direkt reagieren, so zeigt der Aufbau und Umfang der Pläne, daß es nicht das Ziel war, die Vorhaben den breiten studentischen Massen zugänglich zu machen. Martin Knoop (Juso-HSG), Mitarbeiter im AStA-Hochschulreferat, unterzog sich der Mühe und arbeitete das umfangreiche Werk durch. Seiner Meinung nach ist das meiste darin blankes Geschwafel, dazu gedacht, die eigentliche Quintessenz zu kaschieren. Der von ihm angefertigten Zusammenfassung verdanken wir die Informationen über die Pläne.

Was aber steht nun wirklich darin? Die Absichten, die mit den Plänen verbunden sind, sind gewiß sehr ehrenwert. So wird angestrebt: Bessere Studienbedingungen durch ein besseres

Verbesserung der Ausbildungsqualität soll die Aufnahmekapazität in der Medizin Vorklinik gesenkt werden. In Bonn werden 40 Plätze abgebaut, dazu noch 20 in der Zahnmedizin.

Ein Bereich, der ausgebaut werden soll, ist Kunst/Kultur. Hier sollen verschiedene, bisher untergeordnete Abteilungen selbständig werden. In Köln wird sogar eine neue Hochschule für Film, Fernsehen und Video gegründet. Jedoch ist die Frage, ob das Engagement in diesem Bereich nicht nur als Alibi gebraucht wird, nach der Devise: "Wir tun was für die Kultur!" Dadurch

Forschungsabteilung mißbrauchen und hat dann natürlich das alleinige Recht auf die Ergebnisse. Somit gerät die Hochschule in eine starke Abhängigkeit zum Großunternehmen.

Anders in Bonn. Hier gibt es keine Großindustrie der Mikroelektronik. Also soll Informatik nicht weiter ausgebaut werden. Dies heißt, die Uni verliert die Attraktivität insbesondere für Informatiklehrende, die hier für ihr berufliches Fortkommen Probleme sehen und an einer Hochschule wie Paderborn bessere Forschungsperspektiven haben.

Neben der Informatik sollen weitere sogenannte zukunftsorientierte Fachbereiche ausgebaut werden. Als Entscheidungsgrundlage werden dabei die Berufsaussichten herangezogen. Bei den Ingenieur- und Naturwissenschaften sieht es in dieser Hinsicht relativ gut aus. Im Umweltschutz- und Energiebereich, in der Bio- und Gentechnologie sowie in der Meß- und Regeltechnik soll eine besondere Förderung erfolgen.

statt

hofft das Ministerium, die negativen Pläne zu verdecken. Hier muß an erster Stelle die stärker werdende Verstrickung von Wirtschaft und Wissenschaft genannt werden. Beispielhaft sei der Bereich der Informatik beschrieben. In Paderborn soll die Studienanfängerzahl um 160 Plätze erhöht werden. Hauptgrund dafür ist, daß die Firma Nixdorf eng mit der Hochschule zusammenarbeitet. Das heißt, sie stellt die Geräte zur Verfügung (macht dabei natürlich noch ein Geschäft) und läßt die Studentinnen und Studenten an ihnen arbeiten. Auf der anderen Seite hat Nixdorf dabei wirtschaftliche Eigeninteressen. Das Unternehmen kann die Informatikabteilung der GHS Paderborn quasi als

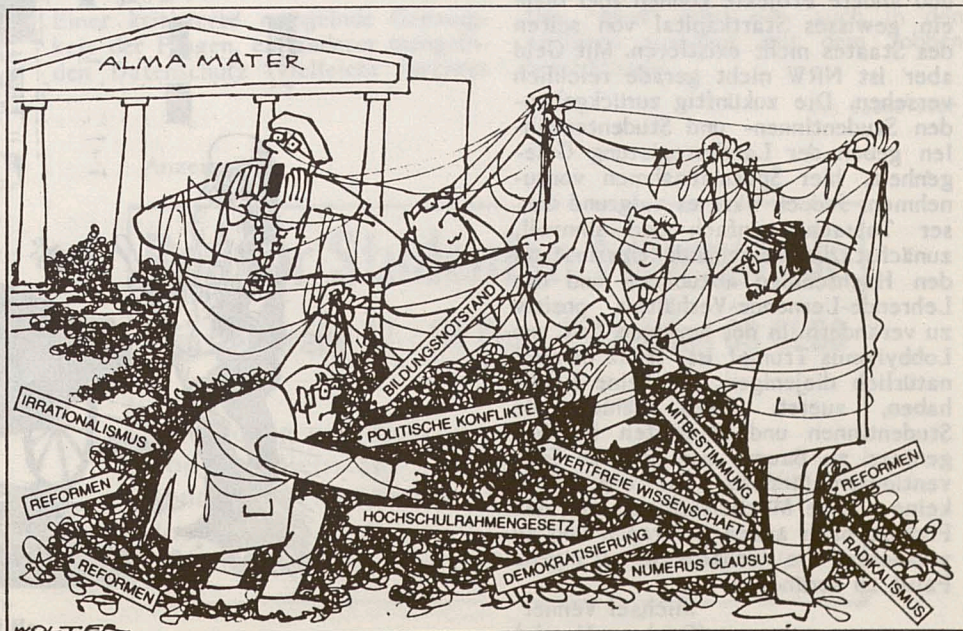
Klasse

Die Geisteswissenschaften werden eher in einem negativen Trend gesehen, allerdings seien neue Perspektiven im Auslandsgeschäft durch arbeitsmarktgerechte Weiterentwicklung dieser Bereiche gegeben. Im Klartext: Will die Wirtschaft neue Absatzmärkte, beispielsweise in Asien oder Afrika erschließen, benötigt sie außer Technikern und Naturwissenschaftlern auch Leute, die sich in Sprache und Kultur der jeweiligen Länder auskennen. Die Geisteswissen-

Die Strukturpläne

Lernende-Lehrende-Verhältnis, bessere Ausbildungsqualität in z.B. der Medizin, die Entwicklung vollkommen neuer Studienangebote, die Verstärkung vorhandener und Schaffung neuer Forschungsschwerpunkte sowie die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten.

Im Jahr 1988 werden in NRW keine Stellen an den Hochschulen gestrichen und es wird keine Hochschule geschlossen. Wie die Lage aber in den folgenden Jahren aussieht, bleibt offen. Die Finanzlage des Landes spielt dabei wohl die entscheidende Rolle. In jedem Fall werden die vorhandenen Stellen anders verteilt. Dazu wird ein Stellenpool gebildet, in den Stellen aus Studiengängen, "wo sich eine Reduzierung anbietet", kommen. In Bonn ist die Päd. Fakultät betroffen, die total aufgelöst wird. Bochum und Dortmund sollen eine gemeinsame Lehrerbildung durchführen. Zur



„Hiiiiiiii!“

schaften verkommen so jedoch zu Hilfswissenschaften, die ihre Existenzberechtigung allein daraus ziehen, den Zielen und damit dem Profit der Großindustrie zu dienen.

Dieses Motto: "Hochschule als Diener und Zulieferer der Wirtschaft" könnte über den gesamten Strukturplänen stehen. Die SPD-Landesregierung verabschiedet sich damit von allen sozialistischen oder auch nur sozialdemokratischen Ideen. Unter CDU-Herrschaft könnte die Wirtschaft nicht besser hoffiert werden. Wissenschaft und Forschung verlieren, so die Pläne vollständig durchgeführt werden, ihre Unabhängigkeit und unterwerfen sich, um überleben zu können, den Forderungen der Großindustrie. Die Drittmittelforschung wird - siehe Nixdorf - vorbildlich praktiziert. Dies dient in erster Linie den Unternehmen, die mit verbesserten Forschungsergebnissen rationalisieren können und somit die Arbeitslosigkeit vor allem bei den weniger qualifizierten Arbeitnehmern vergrößern. Ein großer Teil der Drittmittelforschung bezieht sich auf den Rüstungsbereich. Die/der Studierende, der/die an verbesserter Lasertechnik arbeitet, kann relativ sicher sein, für Reagans SDI/Starwars-Programm zu forschen.

Alternative Forschungsansätze sind in den Brunnschen Strukturplänen nicht vorgesehen. Hier wären z.B. die Wissenschaftsläden zu nennen, wo jederfrau/mann Gutachten in Auftrag geben oder Fragen beantworten lassen kann, die ihn/sie persönlich interessieren. Auch für kleinere Unternehmen oder alternative Betriebe, die sich keine eigene Forschungsabteilung leisten können, wären derartige Läden - die z.B. in den Niederlanden schon erfolgreich arbeiten - gedacht. Diese und andere Projekte können aber ohne ein gewisses Startkapital von Seiten des Staates nicht existieren. Mit Geld aber ist NRW nicht gerade reichlich versehen. Die zukünftig zurückgehenden Studentinnen- und Studentenzahlen geben der Landesregierung Gelegenheit, hier Sparmaßnahmen vorzunehmen. Jedoch wäre es aufgrund der Tatsache einfach und sinnvoll, zunächst die bestehende Überlast an den Hochschulen abzubauen und das Lehrende-Lernende-Verhältnis positiv zu verändern. In der heutigen Zeit, wo Lobbyismus Trumpf ist, trifft es aber natürlich diejenigen, die keine Lobby haben, zuerst. Dazu zählen die Studentinnen und Studenten im Gegensatz zu Bauern und anderen Subventionsempfängern. Für uns bleibt keine andere Möglichkeit, als die, den Protest nach außen zu tragen und zu versuchen, die Verhältnisse auf eigene Faust zu verändern.

Michael Venner
(Dank an Martin)

Ergebnisse

Kurz vor den Semesterferien veröffentlichte das Antirepressions-Referat des AstA über die "Akut" einen Fragebogen zum Jobben. Leider kamen nur 30 Bögen ausgefüllt zurück, so daß eine Verallgemeinerung der Ergebnisse unzulässig wäre. Das Antirepressions-Referat führt den mageren Rücklauf zum einen darauf zurück, daß die Aktion zu spät im Semester stattfand, zum anderen darauf, daß das Thema vorher nicht öffentlich erörtert worden war und die Leser den Sinn der Umfrage nicht sahen. - Auch wenn die Antworten der 30 in keiner Weise repräsentativ sein mögen, möchten wir Euch einige Zahlen vortragen - zur Kenntnisnahme und zum Vergleich mit Euren eigenen Erfahrungen.

Die 30 Teilnehmer/innen der Umfrage (15 Männer, 5 Frauen, 10 ohne Angabe) hatten ihre Arbeitskraft in den letzten 12 Monaten an Betriebe verschiedenster Branchen verkauft; nur ein Arbeitgeber tauchte zweimal auf. U.a. wurden folgende Tätigkeiten genannt: Programmierer, Kassiererin und Verkäuferin, Sportjournalist, Auslieferungsfahrer, "Computerhacker" (d.h. Dateneingabe), Sekretärin, Buchhandelsvertreter, Zeitungsbote, Pförtner, Rettungssanitäter, Betriebshelfer in der Landwirtschaft, wissenschaftlicher Assistent, Denkmalschützer ("graben, zeichnen, klassifizieren"), Wachen und Schließen sowie diverse Hilfsarbeiterjobs in der Industrie.

Arbeitsbedingungen

Für 8 Befragte war der Job reine Geldbeschaffung, 8 bejahten einen Bezug zum Studium, 2 sahen teilweise Studienbezug.

11 hatten geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Betrieb festgestellt, überwiegend in dem Sinne, daß Frauen um so seltener wurden, je höher es in der Betriebshierarchie ging.

21 bezeichneten das Verhältnis zu den Kolleginnen und Kollegen als gut oder sehr gut.



»Ja, ja, der Scheiß Numerus clausus!«

der Job-Umfrage

Einen Betriebsrat bzw. Mitarbeitervertreter gab es in 22 Fällen. 10 nannten das Verhältnis zwischen Jobber/innen und Betriebsrat indifferent oder hatten keinen Kontakt zum Betriebsrat, 5 hatten positive, 1 negative Erfahrungen.

9 berichteten von diskriminierendem Verhalten der Betriebsleitung und/oder männlicher Kollegen gegenüber Frauen, 6 von Ausländerdiskriminierung (z.T. wurden Frauen, Ausländer oder Behinderte einfach nicht eingestellt).

14 Befragte hatten einen befristeten Arbeitsvertrag, 5 einen festen. Außerdem gab es projektgebundene Verträge, Arbeit auf Abruf, Bestätigung durch ein politisches Gremium. 2 hatten gar keinen Vertrag. Für 10 galt der allgemeine Tarif, 7 hatten ihren Lohn frei vereinbart. 18 wurden nach Stunden entlohnt, 5 im Akkord, 6 bekamen eine Pauschale, 2 Zeilenhonorar.

Der besseren Übersicht halber hatten wir gebeten, auch Akkordlohn und Pauschalen in DM/Std. umzurechnen. Es ergaben sich folgende Stundensätze:

< 10 DM:	5
10 - 11 DM:	5
11 - 12 DM:	6
12 - 13 DM:	5
13 - 14 DM:	3
14 - 15 DM:	1
15 - 20 DM:	2
> 20 DM:	2

Zu Sozialleistungen äußerten sich die meisten nur allgemein (z.B. "gemäß Vertrag"). D.h. normalerweise: Auszahlung des Urlaubsanspruchs von 2 - 2,5 Tagen/Monat und Lohnfortzahlung bei Krankheit, manchmal auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Etwa ein Drittel der Leute erwähnte Gesundheitsrisiken durch Lärm, Dämpfe, Umgang mit schweren Lasten, Zugluft oder Infektionsgefahr. Mehrere kritisierten mangelhafte Aufklärung über Unfallgefahren. Einer nannte als Gesundheitsrisiko die "Bild"-Zeitung.

Jobben als Existenzgrundlage

Auf volle 8-Stunden-Tage umgerechnet hatten 4 zwischen dem 1.6.86 und dem 1.6.87 maximal 30 Tage gearbeitet,

12 31-60 Tage, 4 61-90 Tage und 7 mehr als 90 Tage. 10 hatten in dieser Zeit 1 Job, 5 2 Jobs und 4 3 oder mehr. 1 arbeitete nur im Semester, 6 nur in den Ferien und 14 sowohl als auch.

Mit der Bedeutung des Jobbens als Existenzgrundlage der Befragten sah es folgendermaßen aus: 5 bestritten weniger als 25 % ihres Einkommens durch Jobs, 9 26-50 %, 4 51-75 % und 8 76-100 %.

Auf recht verschiedenen Wegen waren die Befragten zu ihren Jobs gekommen: über das Arbeitsamt (Jobvermittlung), durch Hörensagen, Bewerbung aus eigener Initiative, Aushang am Schwarzen Brett, "Vitamin B" oder über die Hochschulpolitik. Je 1 hatte im selben Betrieb Zivildienst geleistet, hospitiert bzw. eine Ausbildung gemacht.

Kritik

Einige kritisierten den Fragenkatalog. Sie vermißten folgende Fragen:

- Ursachen des Jobbens?
- Ab dem wievielten Semester wird gejobbt?
- Beeinträchtigt der Job das Studium?
- Erfahrungen aus weiter zurückliegenden Jobs? (bester/miesester Job)
- Persönliche Bewertung des Jobs?

Einer kritisierte mangelnde Genauigkeit der Fragen, ein anderer mangelnden Datenschutz (vielleicht fürchtet

er, daß der AStA mit dem Unternehmerverband zusammenarbeitet?).

Fortsetzung folgt

Das Antirepressions-Referat will sich auch im Wintersemester mit dem Jobben beschäftigen. Interessant wäre sicher zu untersuchen, welche Rolle Jobber in der Planung der Betriebsleitung spielen, eine Frage, die man als Kurzarbeiter oder -angestellter meist schwer beantworten kann. Auch die Ergebnisse der Umfrage bieten - bei aller Skepsis gegenüber ihrer Allgemeingültigkeit - Themen zum Weiterdiskutieren an:

- Das Verhältnis Job/Ausbildung.
- Das Verhältnis Jobber/Stammebelegschaft (persönliche Erfahrungen, betriebswirtschaftliche Aspekte)
- Entlohnung, Arbeitsbedingungen: bei 16 der 30 Befragten lag der Stundenlohn zwischen 11 und 13 DM, das sind bei angenommenen 174 Arbeitsstunden im Monat zwischen 1914 und 2262 DM brutto (was kommt raus, wenn man davon Steuern und Sozialabgaben abzieht?). Dies und die Angaben zur Sicherheit am Arbeitsplatz (speziell in der Industrie) bieten Anlaß zur Erweiterung des Themas über die Situation studentischer Jobber hinaus.

Die "Akut" wird sich auch in den nächsten Ausgaben mit dem Jobben beschäftigen.

Jan Baumeister

Anzeige

Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag } von 16.30 bis 18.30 Uhr

Unterricht:

Dienstag und Donnerstag von 18.30 bis 20.00 Uhr

Das Millionending

oder: Der Haushalt der Student/inn/enschaft

Massenhaft Zahlen, Tabellen, dubiose Bezeichnungen - so mag der Haushalt der Student/inn/enschaft auf den ersten Blick wirken. Da das alles gar nicht so verworren ist, wie es aussieht und da Ihr schließlich ein Recht darauf habt zu wissen, wie die 10,50 DM von Euren 42,40 DM, die Ihr jedes Semester als Sozialbeitrag einzahlst, landen, will ich im folgenden versuchen, den Haushalt auch für Laien darzustellen.

Zum ersten groben Verständnis sei gesagt, daß der HH sich in Einnahmen und Ausgaben gliedert. Diese müssen deckungsgleich sein, d.h., wir dürfen nur soviel ausgeben, wie wir auch voraussichtlich einnehmen. Wir, das ist der AStA, der als Exekutivorgan der Student/inn/enschaft die Verwaltung und Verwendung der Gelder übernimmt. Dafür zuständig ist der/die FinanzreferentIn, der/die die Einnahmen und Ausgaben bewirtschaftet, d.h., den HH-Plan ausführt, und der/die KassenverwalterIn, der/die quasi für die Kasse der Student/inn/enschaft verantwortlich ist.

So, jetzt mal ans Eingemachte: Der Gesamtetat beträgt annähernd 1,5 Millionen DM. Davon kommt bei den Einnahmen der Löwenanteil von 819000 DM aus den Student/inn/enbeiträgen, wobei wir von geschätzten 39000 Studies pro Semester ausgehen. Die restlichen Einnahmen werden hauptsächlich durch den besonderen Geschäftsbetrieb gewährleistet (AStA-Laden, Druckerei; 323000 DM) sowie durch Einnahmen der AStA-Referate (Erlöse aus Anzeigen in Publikationen, Kulturveranstaltungen und Rückzahlungen von Kurzdarlehen; 164100 DM).

Bei den Ausgaben gestaltet sich die Aufschlüsselung etwas schwieriger, da jede Aufgabe einem bestimmten Verwendungszweck zugeführt werden muß. Dieser wird im HH mit bestimmten HH-Titeln bezeichnet, die sich wie folgt aufgliedern:

4.1. allgemeiner Geschäftsbetrieb

Darunter sind routinemäßige Ausgaben wie Porto, Telefon, Material zu verstehen, sowie Personalkosten für die Angestellten des AStA, die nach Bundesangestelltentarif (BAT) bezahlt werden. Es sollte an dieser Stelle nochmals betont werden, daß für die tägliche Routinearbeit der Geschäftsführer, der Kassenverwalter und die

Sekretärin unabdingbar sind. Deren Aufgaben sind nicht zu trennen von den politischen Aufgaben der Referen-

t/inn/en und MitarbeiterInnen in den AStA-Referaten, die für ihre ehrenamtliche Tätigkeit lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten. Der Kassenverwalter ist sogar gesetz-

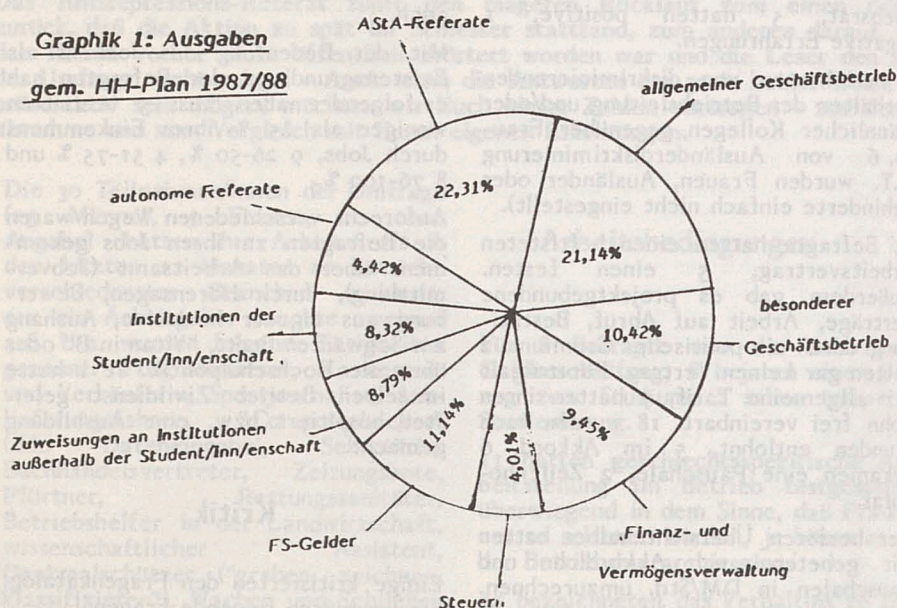
Ausgaben der AStA-Referate:

26,26%	Sachmittel
22,16%	gewerbliche Veranstaltungen
22,49%	Darlehen
23,72%	Aufwandsentschädigungen
5,37%	Sonstiges

weise gering (400250 DM), wobei die Aufwandsentschädigungen etwa 20% ausmachen. Mag manchen der Personalkostenanteil für die Referate auch zu hoch erscheinen: gemessen an der

Graphik 1: Ausgaben

gem. HH-Plan 1987/88



lich vorgeschrieben.

4.2. besonderer Geschäftsbetrieb

Ausgaben für den AStA-Laden (Wareneinkauf, Personalkosten) und die Druckerei (Material, Wartung, Personalkosten)

4.3. Institutionen der Student/inn/enschaft

Kosten für Student/inn/enparlamentsitzungen, SP-Ausschüsse und die AKUT, SP-Wahlen

4.4./4.5. AStA-Referate und Autonome AStA-Referate

Kosten für Sachmittel, Kopien, Plakate, Flugblätter, etc., für Kultur (d.h., gewerbliche Veranstaltungen) und Aufwandsentschädigungen

4.6. Zuweisungen an die Fachschaften

Gelder für die allgemeine FS-Arbeit und Gelder, die die Fachschaften über das SP beantragen können (Reisekosten, Seminarwochenenden etc.)

4.7. Zuweisungen an Stellen außerhalb der Student/inn/enschaft

Darunter fallen Kosten für das Sportreferat, das kein direktes AStA-Referat ist; Gelder für studentische Kulturgruppen, für die Hilfskräfte-Ini, etc. (alles 4.7.3.)

Wie man/frau an den Summen unschwer erkennen kann, wird ein Großteil der Ausgaben für Routinearbeiten verwendet (4.1.-4.3. = 761250 DM; siehe auch Graphik 1). Der Anteil der AStA-Referate ist dagegen vergleichs-

geleisteten Arbeit (außerhalb der Bürozeiten wird sich auch schon mal die eine oder andere Nacht mit Layouten um die Ohren geschlagen; wie recht du hast, Bert! da Säzz.) können die AE's nur als Hungerlohn bezeichnet werden. Der Gesamtanteil der Personalkosten beträgt im übrigen 16,88% vom Gesamthaushalt.

Aber da gibt's ja noch die Tabellen im HH. Was soll das nun noch? - Das sind eben einfach die Vergleichszahlen des Nachtragshaushalts 1986/87 (Der NHH wird im laufenden HH-Jahr aufgestellt, wenn sich herausstellt, daß bestimmte HH-Titel zu niedrig angesetzt sind. Dann müssen Umschichtungen im HH vorgenommen werden.) und die Zahlen des Jahresabschlusses von 1985/86, d.h., die tatsächlich ausgegebenen Summen entsprechend den jeweiligen Haushaltstiteln.

Ich hoffe, daß die Graphiken Euch beim Verständnis des HH weiterhelfen. Wenn nicht, oder falls Interesse besteht, so sind der Joachim Hopf (unser Kassenverwalter) und ich gerne bereit, Auskunft zu geben, jeden Tag zwischen 12 und 14 Uhr im Finanzreferat des AStA.

Bert Schellenberger
(AStA-Finanzreferent)

FINANZEN

AKUT 13

HAUSHALTSPLAN 1987/88, beschlossen auf der AStA-Sitzung vom 18. Mai 1987

festgestellt auf der SP-Sitzung vom 30. Juni 1987

TITEL	BEZEICHNUNG	HHP 1987/88	NHH 1986/87	HHR 1985/86
GESAMTSUMME EINNAHMEN		1497306,20	1457294,20	1438287,82
8.1.	Allgemeiner Geschäftsbetrieb	701,00	700,00	109,17
8.1.1.1.	Privat Porto/Telefon	300,00	300,00	109,17
8.1.1.3.	Sonstiges	1,00	---	---
8.1.1.9.	Prozeßkostenrückerstattung	400,00	400,00	---
8.2.	Besonderer Geschäftsbetrieb	323000,00	290000,00	283421,38
8.2.1.	Druck- und Kopierbetrieb	49000,00	49000,00	36023,68
8.2.1.1.	Druck intern	44000,00	44000,00	33475,09
8.2.1.2.	Druck extern	5000,00	5000,00	2548,59
8.2.2.	AStA-Laden/Intershop	274000,00	241000,00	247407,70
8.2.2.1.	AStA-Laden	260000,00	227000,00	232099,70
8.2.2.2.	Internationale Studentenausweise	14000,00	14000,00	15308,00
8.3.	Institutionen der Student/inn/enschaft	5001,00	5000,00	4486,27
8.3.5.	AKUT	5001,00	5000,00	4486,27
8.3.5.1.	Anzeigen	5000,00	5000,00	4486,27
8.3.5.2.	Spenden	1,00	---	---
8.4.	AStA-Referate	149400,00	151700,00	143948,76
8.4.3.	Hochschulreferat	500,00	500,00	130,00
8.4.3.1.	Sonstige Einnahmen	400,00	400,00	130,00
8.4.3.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	100,00	100,00	---
8.4.4.	Sozialreferat	90200,00	90500,00	101290,10
8.4.4.1.	Sonstige Einnahmen	100,00	400,00	---
8.4.4.2.	Gewerbliche Veranstaltung	100,00	100,00	---
8.4.4.4.	Darlehen Rückzahlung	90000,00	90000,00	101040,00
8.4.5.	Kulturreferat	51500,00	60000,00	42473,66
8.4.5.1.	Sonstige Einnahmen	500,00	500,00	3340,00
8.4.5.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	50000,00	59500,00	39133,66
8.4.5.3.	Workshops	1000,00	n.V.	n.V.
8.4.6.	Referat für Ökologie und Kommunales	500,00	500,00	50,00
8.4.6.1.	Sonstige Einnahmen	400,00	400,00	50,00
8.4.6.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	100,00	100,00	n.V.
8.4.7.	Referat für politische Bildung und Antirepression	200,00	200,00	5,00
8.4.7.1.	Sonstige Einnahmen	100,00	100,00	5,00
8.4.7.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	100,00	100,00	n.V.
8.4.8.	Referat für kritische Wissenschaften, Friedensforschung und Forschungs- und Technologiepolitik	6500,00	n.V.	n.V.
8.4.8.1.	Sonstige Einnahmen	500,00	n.V.	n.V.
8.4.8.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	6000,00	n.V.	n.V.
8.5.	Autonome Referate	4700,00	5000,00	13348,30
8.5.1.	Frauenreferat	2300,00	500,00	277,18
8.5.1.1.	Sonstige Einnahmen	400,00	400,00	277,18
8.5.1.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	100,00	100,00	n.V.
8.5.1.3.	Selbstverteidigungskurse	1800,00	n.V.	n.V.
8.5.2.	Fachschaftenreferat	1000,00	1000,00	300,00
8.5.2.1.	Einnahmen	1000,00	1000,00	300,00
8.5.3.	Ausländer/innen/referat	1400,00	1000,00	2117,00
8.5.3.1.	Sonstige Einnahmen	400,00	400,00	---
8.5.3.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	600,00	600,00	2117,00
8.5.3.3.	Freitischaktion/Spenden	400,00	n.V.	n.V.
8.7.	Sportreferat	10000,00	10000,00	10654,00
8.7.2.1.	Sauna	10000,00	10000,00	10654,00
8.8.	Finanz- und Vermögensverwaltung	964504,20	957794,20	954686,68
8.8.1.1.	Student/inn/enbeiträge	819000,00	819000,00	894360,07
8.8.1.2.	Entnahme aus Rücklagen für das HHJ 87/88	98354,20	91494,20	12742,87
8.8.1.3.	Entnahme aus Betriebsmittelrücklagen	42000,00	42000,00	42000,00
8.8.1.4.	Zinsen aller Konten	5000,00	5000,00	5583,74
8.8.1.5.	Verkauf von Gegenständen	100,00	250,00	---
8.8.1.6.	Allgemeine Spenden	50,00	50,00	---
8.9.	Steuern	40000,00	39200,00	38277,26
8.9.1.1.	Umsatzsteuertraglast	40000,00	39200,00	38277,26

FINANZEN

TITEL	BEZEICHNUNG	HHP 1987/88	NHH 1986/87	HHR 1985/86
GESAMTSUMME AUSGABEN		1497306,20	1457294,20	1438287,82
4.1.	Allgemeiner Geschäftsbetrieb	156000,00	152900,00	121206,16
4.1.1.	Sachmittel	48600,00	46500,00	42845,12
4.1.1.1.	Porto	8000,00	8000,00	7879,55
4.1.1.2.	Telefon	14000,00	12000,00	11496,88
4.1.1.3.	Reparaturen und Renovierungen	1500,00	1500,00	1914,29
4.1.1.4.	Neuanschaffungen	3000,00	3000,00	1843,03
4.1.1.5.	Versicherungen	600,00	500,00	522,18
4.1.1.6.	Hygiene	1000,00	1000,00	667,25
4.1.1.7.	Material	8000,00	8000,00	8821,06
4.1.1.8.	Reisekosten AStA	4500,00	4500,00	2773,86
4.1.1.9.	Prozeßkosten	8000,00	8000,00	6927,02
4.1.2.	Personalkosten	90800,00	80400,00	59201,25
4.1.2.1.	Sekretärin	37500,00	37400,00	39447,84
4.1.2.2.	Geschäftsführer	19500,00	18000,00	18212,16
4.1.2.3.	Kassenverwalter	32500,00	23500,00	n.V.
4.1.2.4.	Gesetzliche Unfallversicherung	300,00	n.V.	n.V.
4.1.2.9.	Aushilfen	1000,00	1500,00	1541,25
4.1.3.	Geschäftszimmer	16600,00	16000,00	19654,17
4.1.3.1.	Sachmittel	1000,00	1000,00	758,00
4.1.3.5.	Personalstelle Studentenwerk	600,00	n.V.	n.V.
4.1.3.7.	Flugblattverteiler/innen	15000,00	15000,00	18896,17
4.2.	Besonderer Geschäftsbetrieb	316500,00	287000,00	283412,34
4.2.1.	Druck- und Kopierbetrieb	52500,00	52500,00	52346,38
4.2.1.1.	Druckpapier	20000,00	20000,00	19017,25
4.2.1.2.	Sachmittel Druckerei	18000,00	15000,00	16866,77
4.2.1.3.	Sachmittel Kopierer	7000,00	7500,00	8069,86
4.2.1.4.	Personalkosten	7500,00	10000,00	8392,50
4.2.2.	AStA-Laden/Intershop	264000,00	234500,00	231065,96
4.2.2.1.	AStA-Laden	229000,00	202000,00	210024,26
4.2.2.2.	Internationale Student/inn/enausweise	10000,00	10000,00	2411,70
4.2.2.3.	Personalkosten	25000,00	22500,00	18630,00
4.3.	Institutionen der Student/inn/enschaft	124650,00	123650,00	110808,14
4.3.1.	Student/inn/enparlament	6500,00	6500,00	5248,26
4.3.1.1.	Sachmittel	2000,00	2000,00	1770,17
4.3.1.2.	Sitzungskosten	3000,00	3000,00	2038,09
4.3.1.7.	Aufwandsentschädigungen SP-Präsidium	1500,00	1500,00	1440,00
4.3.2.	Ältestenrat	1550,00	1550,00	1195,10
4.3.2.1.	Sachmittel	500,00	500,00	145,10
4.3.2.7.	Aufwandsentschädigung ÄR-Vorsitz	1050,00	1050,00	1050,00
4.3.3.	SP-Ausschüsse	6700,00	6700,00	3728,27
4.3.3.1.	Rechtshilfefonds	5000,00	5000,00	3252,27
4.3.3.2.	Weitere Ausschüsse/Sachmittel	500,00	500,00	11,40
4.3.3.3.	AE Kassenprüfungsausschuß	1200,00	1200,00	465,00
4.3.4.	Wahlen	51000,00	52000,00	52321,99
4.3.4.1.	SP-Wahlen	47000,00	47000,00	49909,97
4.3.4.2.	EF-Wahlen	4000,00	5000,00	2412,02
4.3.5.	AKUT	58800,00	56800,00	48314,12
4.3.5.1.	Druckkosten	45000,00	41000,00	34493,09
4.3.5.2.	Vertrieb	1000,00	2500,00	1049,25
4.3.5.3.	Tätigkeiten	1500,00	1500,00	1049,25
4.3.5.4.	Material	2500,00	2000,00	1343,38
4.3.5.5.	Reisekosten	300,00	300,00	241,70
4.3.5.7.	AE Redaktion	8000,00	9000,00	9650,00
4.3.5.9.	Anzeigenprovision	500,00	500,00	439,95
4.3.6.	Personalvertretung	100,00	n.V.	n.V.
4.3.6.1.	Sachmittel	100,00	n.V.	n.V.
4.4.	AStA-Referate	334020,00	337690,00	449833,88
4.4.1.	Vorsitz	14300,00	14300,00	16075,20
4.4.1.1.	Sachmittel	4800,00	4800,00	7013,36
4.4.1.3.	Repräsentation	500,00	500,00	212,93
4.4.1.4.	Ankauf von Publikationen	3000,00	3000,00	2797,91
4.4.1.7.	AE Vorsitz	6000,00	6000,00	6000,00
4.4.2.	Finanzreferat	13700,00	12100,00	15635,19
4.4.2.1.	Sachmittel	800,00	800,00	376,90
4.4.2.2.	Buchhaltungscomputer	6000,00	4400,00	3940,39
4.4.2.3.	Kasse Studentenwerk	900,00	900,00	675,00
4.4.2.7.	AE Finanzreferent/in	6000,00	6000,00	6000,00

FINANZEN

AKUT 15

TITEL	BEZEICHNUNG	HHP 1987/88	NHH 1986/87	HHR 1985/86
4.4.3.	Hochschulreferat	25640,00	23580,00	39380,94
4.4.3.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	10000,00	10000,00	11423,42
4.4.3.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	1000,00	1000,00	---
4.4.3.7.	AE Referent/inn/en	12000,00	6000,00	6000,00
4.4.3.8.	AE Mitarbeiter/in	2640,00	6580,00	5170,00
4.4.4.	Sozialreferat	113980,00	116340,00	190468,28
4.4.4.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	9000,00	10260,00	9304,19
4.4.4.2.	Gewerbl. Veranstaltungen	200,00	1500,00	998,69
4.4.4.4.	Darlehen	90000,00	90000,00	157800,00
4.4.4.7.	AE Referent/in	6000,00	6000,00	6440,00
4.4.4.8.	AE Mitarbeiter/innen	5280,00	5280,00	4840,00
4.4.4.9.	AE Rechtsberatung	3500,00	3300,00	3690,00
4.4.5.	Kulturreferat	94580,00	121950,00	149816,73
4.4.5.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	11000,00	21000,00	6328,25
4.4.5.2.	Gewerbl. Veranstaltungen	70000,00	80000,00	99149,19
4.4.5.3.	Workshops	6500,00	5500,00	2932,56
4.4.5.7.	AE Kollektiv	7080,00	15450,00	11280,00
4.4.6.	Referat für Ökologie und Kommunales	23140,00	23140,00	19614,40
4.4.6.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	13500,00	13500,00	7960,38
4.4.6.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	1000,00	1000,00	3034,02
4.4.6.7.	AE Referent/in	6000,00	6000,00	6000,00
4.4.6.8.	AE Mitarbeiter/in	2640,00	2640,00	2640,00
4.4.7.	Referat für politische Bildung und Antirepression	15640,00	19280,00	18873,14
4.4.7.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	6500,00	7000,00	8131,77
4.4.7.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	500,00	1000,00	n.V.
4.4.7.7.	AE Referent/in	6000,00	6000,00	6336,50
4.4.7.8.	AE Mitarbeiter/in	2640,00	5280,00	4044,87
4.4.8.	Referat für kritische Wissenschaften, Friedensforschung und Forschungs- und Technologiepolitik	33040,00	n.V.	n.V.
4.4.8.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	15000,00	n.V.	n.V.
4.4.8.2.	Gewerbliche Veranstaltungen	7000,00	n.V.	n.V.
4.4.8.7.	AE Kollektiv	11040,00	n.V.	n.V.
4.5.	Autonome Referate	66200,00	59600,00	52399,75
4.5.1.	Frauenreferat	22800,00	19200,00	16058,50
4.5.1.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	7500,00	7500,00	4419,14
4.5.1.2.	Gewerbl. Veranstaltungen	4500,00	4500,00	2280,73
4.5.1.3.	Selbstverteidigungskurse	3600,00	n.V.	n.V.
4.5.1.7.	AE Kollektiv	7200,00	7200,00	7200,00
4.5.2.	Fachschaftenreferat	17200,00	17200,00	14006,64
4.5.2.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	10000,00	10000,00	7406,64
4.5.2.7.	AE Kollektiv	7200,00	7200,00	6600,00
4.5.3.	Ausländer/innen/referat	26200,00	23200,00	22334,61
4.5.3.1.	Sachmittel incl. nichtgewerbl. Veranstaltungen	7500,00	5500,00	3793,34
4.5.3.2.	Gewerbl. Veranstaltungen	4500,00	3500,00	3346,87
4.5.3.3.	Freitischaktion	7000,00	7000,00	7394,40
4.5.3.7.	AE Kollektiv	7200,00	7200,00	7800,00
4.6.	Zuweisungen an die Fachschaften	166800,00	166800,00	147084,17
4.6.1.	Fachschaftsgelder	166800,00	166800,00	147084,17
4.6.1.1.	Allgemeine Fachschaftsgelder	140000,00	140000,00	124337,17
4.6.1.2.	Besonders zu beantragende Fachschaftsgelder	26000,00	26000,00	22331,80
4.6.1.3.	Fachschaftsreisekosten	800,00	800,00	417,00
4.7.	Zuweisungen an Stellen außerhalb der Student/inn/enschaft	131600,00	148200,00	116314,97
4.7.1.	ADH-Beiträge	17000,00	15600,00	18642,91
4.7.2.	Sportreferat	69600,00	73600,00	60593,07
4.7.2.1.	Sachmittel	40000,00	44000,00	27042,67
4.7.2.2.	Sauna	10000,00	10000,00	10715,40
4.7.2.7.	AE Referent/inn/en	15600,00	15600,00	15755,00
4.7.2.8.	AE Mitarbeiter/in	4000,00	4000,00	7080,00
4.7.3.	Vom SP zu beschließende Zuwendungen	45000,00	59000,00	37078,99
4.7.3.1.	Projektgebundene Überregionale Gremienarbeit	5000,00	5000,00	7300,00
4.7.3.2.	Förderung studentischer Kulturinitiativen	31000,00	47000,00	22918,99
4.7.3.3.	Förderung studentischer Gruppen/Politische Bildung	3000,00	1000,00	360,00
4.7.3.4.	Frauenforschung	1000,00	1000,00	1000,00
4.7.3.5.	Förderung alternativer Wissenschaftsansätze	5000,00	5000,00	5500,00
4.8.	Finanz- und Vermögensverwaltung	141536,20	139354,20	135049,33
4.8.1.2.	Zuweisung an Rücklagen für das HHJ 88/89	87600,00	85554,20	91494,20
4.8.1.3.	Zuweisung an Betriebsmittelrücklagen	42000,00	42000,00	42000,00
4.8.1.4.	Bankgebühren/Zinsen	1936,20	1800,00	1555,13
4.8.1.7.	Abfindungen aus ehemaligen Arbeitsverhältnissen	10000,00	10000,00	n.V.

FINANZEN

TITEL	BEZEICHNUNG	HHP 1987/88	NHH 1986/87	HHR 1985/86
4.9.	Steuern	60000,00	59200,00	59305,67
4.9.1.1.	Lohnsteuer	20000,00	20000,00	17816,70
4.9.1.2.	Umsatzsteuer, Veranstaltungen	2000,00	5000,00	2619,06
4.9.1.3.	Umsatzsteuer AStA-Laden	4000,00	3000,00	2600,83
4.9.1.4.	Vorsteuer	34000,00	31200,00	36269,08

VERWAHRHAUSHALT

2.	Einnahmen	283000,00	253000,00	322365,62
2.1.	Studentischer Hilfsfonds	221800,00	161800,00	210511,30
2.1.1.	Darlehensrückzahlungen	75000,00	75000,00	87463,00
2.1.2.	Student/inn/enbeiträge	46800,00	46800,00	48762,45
2.1.4.	Entnahme aus Rücklagen aus dem vorherigen HHJ	100000,00	40000,00	74285,85
2.2.	Studentische Sozialeinrichtungen	61200,00	91200,00	111854,32
2.2.2.	Student/inn/enbeiträge	31200,00	31200,00	32508,32
2.2.4.	Entnahme aus Rücklagen aus dem vorherigen HHJ	30000,00	60000,00	79346,00

3.	Ausgaben	283000,00	253000,00	322365,62
3.1.	Studentischer Hilfsfonds	221800,00	161800,00	210511,30
3.1.1.	Darlehen	219300,00	159380,00	128095,00
3.1.2.	AE Vorsitzende/r (incl. Lohnsteuer)	2000,00	1800,00	1800,00
3.1.3.	Sachmittel	500,00	500,00	40,20
3.1.4.	Zuweisungen an Rücklagen für das nachfolgende HHJ	---	---	80576,10
3.2.	Studentische Sozialeinrichtungen	61200,00	91200,00	111854,32
3.2.1.	Ausgaben	61200,00	91200,00	72155,57
3.2.4.	Zuweisung an Rücklagen für das nachf. HHJ	---	---	39698,75

VERMÖGENSÜBERSICHT

1.	Betriebsmittelrücklagen	1.7.87 42000,00	1.7.86 42000,00
2.	Rücklagen für das HHJ 87/88	98354,20	91494,20

ERLÄUTERUNGEN

Die Einnahmentitel sind mit dem jeweiligen Ausgabentitel mit den gleichen drei Endziffern gekoppelt. Ausgabentitel für Sachmittel innerhalb einer dreiziffrigen Gruppe sind untereinander deckungsfähig (Ausnahme: 4.5.3.3. Freitischaktion, 4.4.4.4. Darlehen, Obergruppen 4.7. und 4.8.).

8.8.1.1. 39000 Student/inn/en x 10,50 DM x 2 Semester

4.1.2.1. 1 BAT VII

4.1.2.2. 1/2 BAT VII

4.1.2.3. 2/3 BAT Vb

4.1.2.9. Einmalige, sich nicht wiederholende Tätigkeiten, die keinem anderen Titel zuzuordnen sind

4.3.1.7. 1. Sprecher/in: 7x100 DM; Schriftführung 40 DM/Sitzung;

4.3.2.7. 7x150 DM

4.3.3.3. 25 DM pro geprüftem Monat und Prüfer/in

4.3.5.7. 1000 DM/Ausgabe

4.3.5.9. 10% von 8.3.5.1.

4.4.4.9. 11 DM/h

4.6.1.2. vom SP zu beschließen.

4.7.3. dto.

4.8.1.7. Der Haushaltstitel gilt nur für Ansprüche aus Arbeitsverhältnissen früherer Haushaltsjahre. Die Vergabe der Gelder ist an den einstimmigen Beschluß des/der AStA-Vorsitzenden und seiner/ihrer Vertreter/innen gebunden.

4.6.1. Anträge auf allg. FS-Gelder sind bis zum 30.3. des Wintersemesters zu stellen, um den Anspruch auf diese Gelder des laufenden Wintersemesters und des vorhergehenden Sommersemesters zu sichern. Fachschaften, die nicht bis zum 30.3. beantragt haben, verlieren ihren Anspruch für die Semester, für die nicht rechtzeitig beantragt wurde.

»Realistisches Menschenbild« und Nationalismus

RFS versucht nochmal in Bonn

Seit dem Sommersemester 1987 versucht der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) an der Uni Bonn Fuß zu fassen, eine Organisation, die in der Braunzone zwischen CDU/CSU und faschistischen Gruppen (NPD, bestimmte Burschenschaften) angesiedelt ist.

In Selbstdarstellungen des RFS liest man u.a.: "Grundlage für das realistische Menschenbild des RFS bilden die Erkenntnisse der Natur-, besonders der Humanwissenschaften. Hierbei zu nennen vor allem die Biologie, Genetik, Ethologie (Verhaltensforschung, d. Red.) und Psychologie. Dabei setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß der Mensch bzgl. seiner Anlagen und Begabungen sowohl von der Umwelt als auch von genetischen Faktoren geprägt ist. Die sich daraus ergebende Verschiedenartigkeit der Menschen muß Grundlage der Politik sein." - "Wir setzen auf partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Angehörigen aller Kulturen in der Gewißheit, daß die Entwicklung der ganzen Menschheit durch gegenseitige Konkurrenz der Völker bei gleichzeitigem kulturellen Austausch erfolgte. Diese auf gegenseitige Achtung gegründete Verständigung verbietet eine Politik, die auf Unterwanderung oder wirtschaftliche Ausbeutung gerichtet ist und somit eine Okkupation von innen bedeutet." Oder, deutlicher: "Überfremdung: Abwehr von Wirtschaftsflüchtlings und ausländischen Dauer-"Gästen"!"

Ausführlich dargestellt ist die Ideologie des RFS in einer Dokumentation des RCDS, die sich ihrerseits an eine Broschüre der VVN - Bund der Antifaschisten anlehnt. Dort wird auch Material aus Österreich verarbeitet, wo der RFS schon seit den 50er Jahren besteht und früher bis zu 30 % der Stimmen bei SP-Wahlen errang. In der BRD gibt es den RFS seit 1979. Seine Politik propagiert er u.a. über die Zeitschrift "Student", die eine Zeitlang auch in Bonn auslag. "Hochburg" des RFS ist Köln, weniger weil er dort einen Abgeordneten im SP hat,

sondern wegen seiner provokativen Auftritte:

Aus faschistischen Schlägern bestehender Saalschutz sortiert bei RFS-Veranstaltungen das Publikum, RFSler greifen Mitglieder linker Gruppen tätlich an.

In Bonn kandidierte der RFS 1981 zum SP, erreichte aber nur 0,8 % und löste seine Bonner Gruppe wieder auf. Erst 1987 trat er erneut mit Flugblättern auf, die zunächst von Kölnern verantwortet wurden. Inzwischen werden hiesige Adressen angegeben. Beim Verteilen wurde u.a. ein Angehöriger der Siegburger FAP-Szene beobachtet. Zu Beginn des Wintersemesters hat der RFS beim AstA die Registrierung als studentische Gruppe beantragt, was zur Folge hätte, daß er kostenlos Uniräume benutzen und auf Unigelän-

de Propaganda treiben könnte. Der Bonner RFS dürfte z.Zt. sieben oder acht Mitglieder haben. Eins von ihnen, Ulrich Korell, hatte sich für einige Wochen beim SHB eingeschlichen; ein anderer, Helge Korell, suchte Kontakt zur Antifa-Szene.

Am 10. Oktober hielt der RFS seine Bundesversammlung mit ca. 30 Teilnehmern im Hotel "Bergischer Hof" ab, übrigens ein beliebtes Tagungsort für faschistische Gruppen. Eine Woche zuvor verhalf die Bezirksschülervertretung (BSV), fest in der Hand der Schülerunion, dem braunmelierten Verein zu einem Infostand auf dem Münsterplatz. Im Rahmen eines Forums "Junges Bonn", auf dem sich verschiedene Jugendorganisationen vorstellten, verbreitete der RFS Propagandaschriften und sammelte Unterschriften gegen Demos auf der Hofgartenwiese. Daß "zufällig" der RFS als einzige Richtungsgruppe der Uni von der Veranstaltung erfahren hat, läßt persönliche Kontakte zur BSV vermuten.

Jan Baumeister



RFS-Stand auf dem Münsterplatz



Protest von Antifaschisten vor dem "Bergischen Hof"

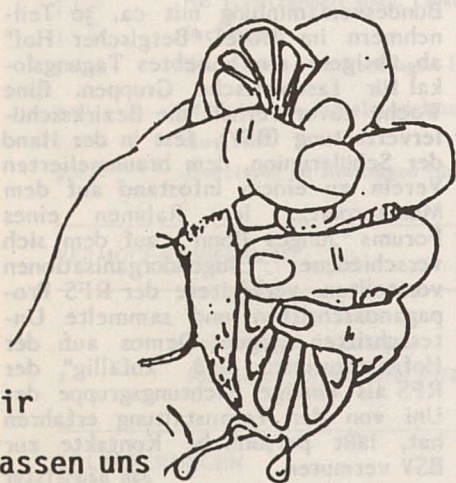
WIR LASSEN UNS NICHT AUSQUETSCHEN

Keine Studiengebühren in der Biologie und anderswo!

Begründet mit der angespannten Finanzlage des mikrobiologischen Instituts begann im SS 1987 erstmalig die Diskussion um Gebühren für Praktika. Nachdem dieser Versuchsballon damals relativ schnell wieder eingezogen worden war, sind der Fachschaftsvertretung gegen Ende des SS neue Pläne zugetragen worden. Dieser neue Vorstoß hatte aber eine andere Qualität, da die Universität auf Anweisung des Landes mehrere Fachbereiche schrift-

Studierenden artikuliert sich in einer Vollversammlung, die den Beschluß faßte, im WS eine Protestwoche durchzuführen und die Zahlung dieser neuen Spielart der Studiengebühren zu verweigern, um so deren Einführung zu verhindern. Auf der VV anwesende Professoren sagten den Studierenden ihre Unterstützung zu und sind auch dazu bereit, einen Antrag in der Fachgruppe zu unterstützen, der die Studiengebühren verurteilt. Es folgten Korrespondenz und Gespräche mit Rektorat, Landtagsfraktionen und der Landesregierung. Ende September teilte das Rektorat mit, daß die Erhebung der Gebühren für das WS ausgesetzt würde, und zwar mit folgender Begründung: Es hätten sich "Schwierigkeiten bei der Zuordnung von Lern- und Lehrmitteln ergeben", und es seien "Unsicherheiten entstanden, die sich nur nicht ohne Mitwirkung des Ministeriums beseitigen lassen" (Originalton Rektorat). Trotz dieses ersten Erfolges kann man davon ausgehen, daß Ende des nächsten Semesters die Studiengebühren wieder auf der Tagesordnung stehen, dann allerdings schriftlich fixiert und juristisch festgeklopft. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, dagegen zu protestieren und so Einfluß auf die zuständigen Ausschüsse zu nehmen.

KEINE STUDIENGEBÜHREN



Wir
lassen uns
nicht ausquetschen !!!

Studiengebühren - eine Unverschämtheit

Die Landesregierung wählt bei der Einführung der Studiengebühren nicht Form und weg der CDU in Niedersachsen, Ergebnis und Ziel sind aber wohl ähnlicher als sie zugibt.

lich aufgefordert hatte, wo möglich "Ersatzgelder" zu erheben. Das Institut für Mikrobiologie reagierte prompt und kündigte für das WS 1987/88 an, für Praktika des Grundstudiums 20 DM und für solche des Hauptstudiums Beträge in Höhe von 100 bis 200 DM einzuziehen. Andere Seminare wie z.B. die Botanik zogen unter dem zunehmenden Druck des Rektorats nach. Anders als in den Geisteswissenschaften bilden die Praktika in der Biologie die Basis des Studiums, so daß zusätzliche Kosten in der Höhe von 100 bis 400 DM pro Semester entstanden wären. Der Unmut der

Gebühren werden nicht nur in Kauf genommen, sondern sind Teil der Umstrukturierung der Hochschulen im Interesse der High-Tech-Industrie. Das Primat der "Konkurrenzfähigkeit" der NRW-Industrie auf dem Weltmarkt" drängt soziale Aspekte in den Hintergrund. Wichtig wird die enge Verbindung zwischen Industrie und Universität, die eine möglichst schnelle und umfassende Umsetzung von Innovationen ermöglicht. Das erfordert eine Reduktion der Lehre zugunsten der Forschung. Studiengebühren sind ein Mittel dazu. Ein Teil der Studierenden wird aus der Uni gedrängt bzw. es wird versucht, die Lasten der Lehre so weit wie möglich auf die Schultern

PROGRAMM DER AKTIONSWOCHE:

Mo. 19.10. 19 Uhr Situation der Hilfskräfte in der Uni Bonn mit der Hilfskräfteini Bonn

Di. 20.10. Infostände in der Innenstadt und in der Pop-Mensa

Mi. 21.10. Infostände in der Innenstadt und in der PopMensa

19 Uhr "Studiengebühren und Stellenstreichungen - zwei Seiten einer Medaille" ReferentIn Katina Schubert und Guido Schmitz; Kleiner HS Mikrobiologie, Meckenheimer Allee 188

Do. 22.10. 10 Uhr WARNSTREIK: Bestreikung aller Veranstaltungen!!! 12 Uhr Treff der Streikenden im Streikcafe vor dem Pop-Schloß anschließend Demo vor dem Pop-Schloß; Abschlußkundgebung auf dem Münsterplatz

18 Uhr Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der Fachschaft/Profs/ des Ministeriums (angefragt)

der Verbleibenden zu übertragen. Frei werdende Kapazitäten wandern in Sonderforschungsbereiche mit Industrieanschuß.

Was in der Biologie eingeführt werden soll, ist in der Chemie und Pharmazie schon Realität, in anderen Naturwissenschaften zu erwarten. Eine schlechende Einführung von Studiengebühren nach und nach in der gesamten Universität und eine Umverteilung der Lasten der Lehre sei es durch Studiengebühren oder Stellenstreichungen ist nicht vertretbar und fordert den Widerstand der gesamten Studentenschaft. Deshalb fordert die Fachschaft Biologie Euch auf, Euch an der Aktionswoche zu beteiligen.

Was steckt dahinter

Die Landesregierung bezieht sich in ihrer Argumentation immer auf den § 63 der Landeshaushaltsordnung und die gängige Rechtsprechung. Diese sagt aus, daß für Lernmittel im Gegensatz zu Lehrmitteln "Ersatzgelder" erhoben werden können, schreibt das im Gegensatz zu der Behauptung des Ministeriums aber nicht zwingend vor. Unter Lernmittel fallen danach Chemikalien/Präparate/Glaswaren/Geräteschaden, unter Lehrmittel z.B. die gerätestwartung und die Bezahlung von Hilfskräften. Diese Trennung ist im Einzelfall nicht durchzuhalten. Sie

rechtfertigt weder Pauschalgebühren noch unterschiedliche Spitzensätze, die verschiedene Klassen von Praktika entstehen lassen.

Mit Paragraphen nicht wegzudiskutieren ist der unsoziale Charakter der Gebühren. So proklamiert die Landesregierung in den Strukturplänen, die

"soziale Öffnung der Hochschulen" fortzusetzen, praktisch wendet sich ihre Politik in eine Richtung, die finanziell schlechter gestellte Studenten, seien es BAföG-Empfänger oder Jobber, ausgrenzt. Ihnen bleibt nur ein eingeschränktes Schmalspurstudium aus "billigen" Praktika oder Aufgabe des Studiums. Entscheidend, sowohl

für die Wahl des Studienfaches als auch für die persönliche Spezialisierung innerhalb des Studiums muß aber das Interesse der Studierenden bleiben, nicht der Geldbeutel der Eltern, sonst ist der Begriff der "sozialen Öffnung der Hochschulen" nur Etikettenschwindel.

CHAOS DURCH UNBEKANNTE STUDIENORDNUNG

Magister-Germanist|inn|en werden falsch eingeschrieben

Das Uni-Sekretariat baut Scheiße, das BAföG-Amt zieht fast zwangsläufig nach - und das Germanistische Seminar döst weiter: Stein des Anstoßes ist die Magister-Studienordnung für Germanistik - ein Opus, seit WS 86/87 gültig und noch nicht einmal im Entwurf vorhanden...

Zahlreichen Germanist|inn|en wurde dieser Zustand bereits zum "Verhängnis": das Studentensekretariat schreibt seit Inkrafttreten der nicht vorhandenen Ordnung, seit nunmehr drei Semestern also, immer wieder Erstsemester|innen falsch ein. Wenn diese den Fehler bemerken, beginnt die Lauferei: Uni-Sekretariat, BAföG-Amt, Germanistisches Seminar, BAföG-Amt (und meist noch kein Ende). Das BAföG-Amt registriert zunächst einmal "Fachwechsel", obwohl es keiner ist, oder es verlangt zusätzliche Scheine...

Das Germanistik-Magisterstudium, so informiert das Germanistische Seminar mündlich über die Studienordnung, kann als Hauptfachstudium nur noch so aussehen, daß eine Abteilung der Germanistik im Hauptfach und die andere dann zwangsläufig im Nebenfach studiert werden muß.

Die häufigsten Fehler: -Erst-/ Zweit- und nun Drittsemester sind nur mit einer Abteilung als Hauptfach eingeschrieben (ohne die andere im Nebenfach zu haben), oder sie sind für "Germanistik" als ein Fach eingeschrieben oder sie haben drei Fächer, die allesamt dem Germanistischen Seminar zugehören oder sie sind gar für den Promotionsstudiengang (mit Germanistik als ein Fach) eingeschrieben.

Fehler, so ein Vertreter des Seminars, die sich die Student|inn|en selbst anzurechnen haben: hätten sie sich mal vorher informiert...

Fehler, so meint die Fachschaft Germanistik, die auf die Kappe des Germanistischen Seminars gehen. Den

Student|inn|en wird die Lehramtsstudienordnung in die Hand gedrückt - wer nicht nachfragt oder nicht schon vor der Einschreibung in die Fachschaft geht, läuft Gefahr, sich falsch einzuschreiben. Und offensichtlich hat auch das Uni-Sekretariat keine klare Linie (anfangs hatte es angeblich der Computer als einziger nicht geblickt...).

Die übelsten Konsequenzen hat dieses ganze Chaos für Leute, die von BAföG-Geld leben: wegen der Falscheinschreibungen bekommen sie massive Probleme, wenn es um die Weiterförderung geht. Was zu tun ist, darüber informiert die Fachschaft Germanistik.

Das autonome Frauenreferat

Lädt ein zur



am Do 22.10. ★

17⁰⁰-19⁰⁰

HS17 (angl. Seminar)

TERMINE



Veranstaltungsplan AStA - Anti-Repressionsreferat für das Wintersemester 1987/88

Referentin: Susanne Mitnacht
Mitarbeiter: Peter Enzenberger

26. Okt. 87 19:30 Uhr Carl-Duisberg-Zimmer/Mensa Nassestr. 11
"War Hitler ein Betriebsunfall oder: Entnazifizierung hat nie stattgefunden!"

mit Emil Cahlebach, Vorsitzender der Buchenwaldgemeinschaft. Geplant ist ein Informationsabend, an dem Antifaschisten der NS-Zeit und Antifaschisten heute Erfahrungen und Einschätzungen austauschen können. Ende ist gegen 21:30 Uhr.

12. Nov. 87 18:00 Uhr Hörsaal 17/ Anglistisches Seminar
"Und morgen in Alabama"

Ein Spielfilm über die Hintergründe des Oktoberfestattentats 1980 in München. Auf zwei Ebenen versucht der Film die Widersprüche der juristischen These des Einzeltätertums und des realen Hintergrundes des Attentäters (Wehrsportgruppe Hoffmann, Hochschulbund Tübinger Studenten, der der Täter angehörte) darzustellen. Interessant auch im Zusammenhang mit dem r.f.s. (Ring freiheitlicher Studenten), die im letzten Semester hier in Bonn aufgetaucht sind und in der jüngeren Vergangenheit Kontakte zu diesem Tübinger Studentenbund hielten. Anschließend soll eine Diskussion über den Film geführt werden. Der Eintritt ist frei. Ende der Veranstaltung ist gegen 21:30 Uhr.

Weitere Veranstaltungen sind geplant:

Bereich Antifaschismus

Im Dezember eine Veranstaltung zum Thema: "Übergänge Konservatismus - Neofaschismus" (Arbeitstitel)
Zusammenhänge - personelle wie ideologische - zwischen CDU/CSU sowie angegliederter Organisationen, Republikanern, NPD, FAP und Publikationen aus diesen Spektren sollen dargestellt und erörtert werden. Bis zu diesem Termin wird versucht, eine Informationsbroschüre zusammenzustellen, die als Grundlage dieser Diskussion dienen kann. Termin und weitere Infos werden über Plakate, Flugblätter und Akut bekanntgegeben.

Es ist geplant, Aufklärungsarbeit an den Bonner Schulen zum Bereich Neofaschismus zu betreiben. Interessenten für Vorbereitung und Mitarbeit können sich im Anti-Repressionsreferat bei Peter (Mo - Fr zwischen 12 - 14:00 Uhr) melden. (vorsicht, viel Archivarbeit!)

Bereich Feminismus:

Es soll versucht werden, eine Veranstaltungsreihe zu: "Frauen im Widerstand" auf die Beine zu stellen. Unserer Meinung nach ist die Rolle der Frau in der gesamten Geschichtsschreibung noch völlig unterrepräsentiert, wir wollen uns aber auf die NS-Zeit und die BRD beschränken, um die Unterdrückung der Frauen und Möglichkeiten sowie Erfolge des Frauenwiderstandes aufzuzeigen. Wer Interesse an der Mitarbeit zur Vorbereitung dieser Veranstaltungsreihe hat, soll sich im Anti-Repressionsreferat bei Conny oder Susanne oder im Kulturreferat bei Eva melden. (Mo - Fr 12 - 14:00 Uhr)

Für Anregungen zu weiteren Veranstaltungen sind wir immer offen resp. dankbar!

VERANSTALTUNGEN DES AStA-KULTURREFERAT VON MITTE OKTOBER BIS MITTE NOVEMBER:

22.10. PF-Fete; Mensa-Römerstraße; Beginn: 19.30 Uhr; gegen 20.30 Uhr tritt die aus Münster stammende Kabarettgruppe "Die Falschen Freunde" auf; VV 3,- DM im AStA-Kulturreferat und den Fachschaften an der Römerstraße (Informatik, Pädagogik und Psychologie)

7.11. Semesteranfangsfest; Mensa-Nassestraße; Beginn 20 Uhr

11.11. Klassikveranstaltung; Uni-Hauptgebäude; Festsaal; Einlaß 19.00 Uhr; Beginn 20.00 Uhr; Eintritt 6,- DM; Achtung: KEIN VV; der 52 jährige Pianist Wolfgang Pasquay spielt Stücke von DEBUSSY

17.11. Ein-Frau-Theater; Uni-Hauptgebäude; HS 1; Beginn 20 Uhr; ZUM STÜCK: Nach Hause kommt sie erst, wenns hell wird. Seit die Sekretärin Lydia arbeitslos geworden ist, fehlen die Strukturen in ihren Leben. Zwischen Depression und Agression hangelt sie sich durch ihren Alltag. In wild wuchernden Phantasien und angeschickerten Selbstgesprächen schlüpft sie in die Rolle von ehemaligen Kolleginnen, Nachbarinnen etc.
"LYDIA" - ein Stück von und mit LISBETH FELDER

Nähere Infos in dem demnächst erscheinenden KULTURINFO.

Das AStA-Ökologiereferat informiert:

Ökologie-Ringvorlesung

Seit 1981 bietet der AStA sowohl den Student/inn/en als auch der Bonner Bevölkerung zu aktuellen und längerfristigen, zu lokalen und weltweiten Fragen der Ökologie Veranstaltungen im Rahmen einer wöchentlich stattfindenden Ökologieringvorlesung an. Die Veranstaltungen dieses Semesters sind in fünf Themenbereiche eingeteilt: Klima/Klimaveränderung?; Atomenergie; Waldsterben; Wirtschaft und Umwelt; Wasser. Diese Bereiche sind jedoch nicht isoliert voneinander zu sehen, sondern werden bei vielen Themen Verknüpfungsmöglichkeiten zu anderen ökologischen Problemen gezeigt.

Themenblock 1: Klima/Klimaveränderung?

Mittwoch, 21. 10. 87, 20 Uhr, HS 17

"Ist das Ozon-Loch eine Laune der Natur oder ein vom Menschen verursachter Effekt?"

Referent: Prof. Peter Fabian, Göttingen.

Mi., 28. 10. 87, 20 Uhr HS 17

"Klimaveränderungen durch Störung des Spurengasgehaltes der Atmosphäre"

Referent: Klaus Heinloth, Phys. Institut der Uni Bonn.

Mi., 4. 11. 87, 20 Uhr, HS 17

"Kahlschlag im Paradies - die Vernichtung der Regenwälder, das Ende der Stammesvölker"

Referent: Peter E. Stüben, Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie, Mönchengladbach

Themenblock 2: Atomkraft

Mi. 11. 11. 87, 20 Uhr, HS 17

Podiumsdiskussion zum Thema: "WAA - Einstieg in die Plutoniumwirtschaft?"

Mi. 25. 11. 87, 19 Uhr, HS 17

"Kommunalisierung der Energieversorgung"

Referent: Prof. Dr. Hennicke, Öko-Institut Freiburg

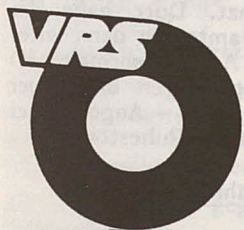


"Wir haben uns zusammengeschlossen, damit Sie schneller und einfacher ans Ziel kommen." Wer kennt ihn nicht, diesen und andere Werbesprüche des Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS), der seit 1. September das Fahren mit Bussen und Bahnen zum Abenteuer macht. Mittlerweile hat man/frau es auch in den Entscheidungsgremien erkannt: Der Verbund lockt die Bürgerinnen und Bürger nicht zum öffentlichen Nahverkehr, er treibt sie vielmehr weit fort und wohin: Natürlich, ins Automobil. Was sind die Gründe? Naja, wer fährt noch mit dem Bus, wenn er/sie dafür vorher einen Kurs in 'Tarifzonologie' machen muß. Wer kann schon auf Anhieb zwischen Tarifzonen, Preisstufen, etc. unterscheiden? Auch die verschiedenen Arten von Wochen-, Monats-, Familien- und anderen Dauer- und Abonnementkarten können den normalen Menschen ganz schön ver-

beschlossen haben. (Nur, die fahren Daimler-Benz...Ach ja!) Auch SchülerInnen und Student/inn/en fangen nicht unbedingt jeden Tag erst um 10 an (obwohl ein unbestätigtes Vorurteil besagt, wir Studierende wären LangschläferInnen...) Natürlich, wen wundert's, sind mit dem neuen Verbund auch Preiserhöhungen verbunden. Den größten Gag (wenns mal zum Lachen wär!) liefert dabei die Deutsche Bundesbahn, einerseits wirbt der VRS mit deren Integration, auf der anderen Seite ist man/frau dort gar nicht darauf eingestellt. So fehlen z.B. die Entwerter in den Zügen, so daß manch pflichtbewußter Kontrolleur das 'Erhöhte Beförderungsentgelt' von 40 DM kassiert. Die Krone aber, die besonders für uns Studierende gravierende, sprich: teure, Folgen hat, ist der Wegfall von Junior- oder auch Seniorenpass innerhalb des VRS. Fuhr



ders den sozial Schwächeren, also auch uns Studierenden, den Zugang zu erleichtern. Die Forderung lautet also: Bonn-Ausweis für alle Studentinnen und Studenten oder aber besser noch: Null-Tarif für uns in Bussen und Bahnen.



...denn Sie wissen nicht, was Sie tun!



wirren. Stammkund/inn/en werden vergrault durch den Wegfall bisheriger Vergünstigungen, neue Mitfahrer/innen werden nicht leicht hinzugewonnen...siehe oben. Letztlich haben die PlanerInnen sich noch ein besonderes Ei gelegt mit der '9-Uhr-Umweltkarte', die ja eigentlich auch eine Monatskarte ist. Welche/r normale Arbeitnehmer/in aber beginnt seine/ihre Arbeit schon regelmäßig nach neun Uhr morgens? Wahrscheinlich die Herren (und Damen?), die den Verbund

man/frau mit Ermäßigung früher von Bonn nach Köln für 3,60 DM, so zahlt man/frau heute das Doppelte. Unterm Strich eine Fahrpreiserhöhung um 100%!

Alles in allem hat der/die Außenstehende das Gefühl, daß der VRS allein dazu dient, die Stadtsäckel der beteiligten Kommunen zu füllen (Bonn muß z.B. seine große 2000-Jahr-Feier bezahlen...etwa das Loch am Friedensplatz, das ja - bezeichnenderweise - mal ein Parkhaus für Autos werden will). Ursprünglich hat der öffentliche Personennahverkehr doch wohl mal eine soziale Funktion gehabt, hinzu kommt gerade heute der Umweltschutz. Dazu gehört aber auch, beson-

Tips und Tricks

Was tun gegen die Schrecken des Verbunds? Hier ein paar nicht repräsentative Beispiele.

Frank aus Godesberg hat sich jetzt endlich den Bonn-Ausweis besorgt. Damit kann er zur Uni mit der U-Bahn zum halben Preis fahren. Er ist einfach mit Meldebescheinigung und Bafög-Bescheid zu seinem zuständigen Sozialamt gegangen. Pech ist nur: Den Bonn-Ausweis kriegen nur Leute, die Bafög (oder Stipendien) beziehen. Für die anderen (ca. 80%) sieht es schlecht aus.

Gina aus Poppelsdorf hat andere Sorgen. Früher konnte sie ihren Freund in Swisttal-Odendorf auf Junior-Pass zum halben Preis besuchen (und umgekehrt). Jetzt hat sie sich überlegt: "Ehe ich den doppelten Fahrpreis bezahle, kaufe ich mir doch besser eine Fahrkarte bis zur ersten Station außerhalb des VRS (z.B.) Kuchenheim und zahle nur die Hälfte!"

Barbara und Klaus aus Ippendorf treffen wir auf dem Fahrrad. "Seit dem Verbund fahren wir nicht mehr mit dem Bus. Zu kompliziert und zu teuer. Außerdem ist Fahrradfahren viel gesünder." Und im Winter? "Langlauf, oder nicht?!" Naja, man/frau kann's auch übertreiben.

Schließlich noch ein heißer Tip von Anno, Britta und Horst aus Auerberg. "Wir haben für uns den privaten Nulltarif eingeführt." Horst meint: "Ich weiß gar nicht, wie ich so'n Automaten bedienen soll. Wie soll ich da 'ne Karte kriegen? Aber sonst finde ich Busfahren toll!" Find' ich auch. In diesem Sinne: "Erstklassig durch den VRS!"

Michael Venner

MELDUNGEN

Jetzt auch WAA auf der Bonner Kölnstrasse!

In Kürze wird auf dem Gelände der Uranerzbergbau GmbH (UEBG), Kölnstr. 367, zuverlässigen Informationen zu Folge eine Wiederaufbereitungsanlage für angereichertes Uran 235 ihren Betrieb aufnehmen. Hierbei handelt es sich um eine Auftragsarbeit für die Hanauer Firma RBU, die Brennelemente für Atomkraftwerke in der BRD und anderen Staaten Europas herstellt.

Die WAA auf der Kölnstraße ist klammheimlich, ohne Information von Anwohnern und Öffentlichkeit von der Landesregierung und der Stadt Bonn genehmigt worden.

Diese neue Atomanlage bedeutet eine verstärkte radioaktive Verseuchung sowohl für die Bonner Atemluft als auch höchstwahrscheinlich für das Wasser, da das zur Wiederaufarbeitung verwendete teilweise wieder in das Bonner Abwassernetz zurückgepumpt wird.

Die Anwohner sollten in Zukunft auf Atomtransporte achten, die aus Hanau kommend, vom Verteilerkreis in Richtung UEBG fahren.

Übernehme Schreibarbeiten

- Textverarbeitung -

Preis je nach Art der Arbeit 3,-/4,-DM je Seite

Amelie Barzen

Tel. 0228/659320 -tags-

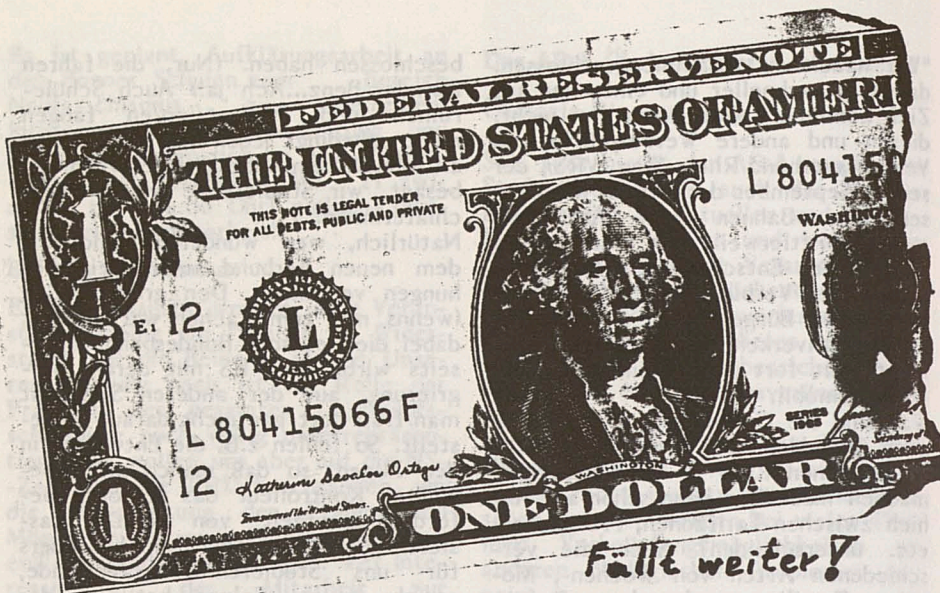
über; 02241/315132
abends | Wochenende

Anzeige

Bullenpogo am Berliner Platz

Am Samstag, dem 19.9., riegelten gegen Mitternacht ca. 70 Polizisten das "Magische Dreieck" Ecke Berliner Platz/Franzstraße mit den Kneipen "BlaBla", "Novum" und "Namenlos" ab, wo sich etwa 50 Punks u.a. Personen auf der Straße aufhielten. Durch den Aufmarsch wurden weitere Kneipenbesucher und Passanten angelockt. Schließlich befanden sich 200 - 300 Leute auf der Straße. Die Polizei ging mit Hunden, Schlagstöcken und Tränengas gegen die Menge vor. Bei dem Einsatz, der anderthalb Stunden dauerte, verletzte die Polizei mehrere Leute u.a. durch Hundebisse. Vier Opfer haben Strafanzeige gegen die Polizei erstattet.

Aus der Zeugenaussage eines Betroffenen: (...) Der Beamte habe etwa zwei Meter von ihm selbst entfernt gestanden, völlig unvorhergesehen eine Pistole gezogen und sei auf ihn zuge-



kommen. Der Beamte habe ihn dann blitzschnell auf ein dort stehendes Auto geworfen, so daß er mit dem Kopf aufgeschlagen sei. Der Beamte habe alsdann mit der rechten Hand ihm die Pistole an den Kopf gehalten und mit dem linken Arm ihm den Hals abgedreht. Er habe gesagt: Sie sind verhaftet. Er selbst habe nicht einmal eine Jacke dabei gehabt und nur im T-Shirt dagelegen. Als er sich habe bewegen wollen, um sich etwas Luft zu verschaffen, habe der Beamte noch fester zugegriffen, ihm gedroht, er solle sich bloß nicht bewegen, sonst werde er zusammengeschlagen, und ihn anschließend unter Mitwirkung eines oder zweier weiterer Beamter auf den Boden geschmissen, wo er erneut heftig aufgeschlagen sei. So feste es nur eben ging, seien seine Hände dann mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt worden. Zwei Beamte (...) hätten ihn alsdann an den Haaren und an den Oberarmen auf den Knien über das Tankstellengelände geschleift und ihn daran gehindert, aufzustehen und aufrecht zu gehen. So hätten sie ihn zu der Mauer geschleift, die das

Tankstellengelände in Richtung Stadthaus begrenzt. Dort habe der festnehmende Beamte ihn dann unter Herumreißen der Arme mehrmals heftig mit dem Kopf gegen die Mauer geschleudert (...) usw. - Angegebener Grund für die Aktion: Ruhestörung.

Neuer AStA gewählt

Als quasi letzte Amtshandlung im Sommersemester wählte das SP den neuen AStA. Nachfolgerin von Joachim Sander im Amt der AStA-Vorsitzenden wurde die Jura-Studentin Susanne Jochheim (Juso-HSG).

Zu Referent/inn/en wurden gewählt: Hochschule: Guido Schmitz (Juso-HSG) und Frank-Thomas Hellwig (SHB); Soziales: Klaus Naderer (Wehrt Euch); Finanzen: Bert Schellenberger (LUST); Antirepression: Monika Grosche (unabh.); Kultur: Josef Macher (Wehrt Euch); Kritische Wissenschaft: Frank Frick (LUST); Ökologie & Kommunalles: Salome Schulz (GAG); Autonomes Frauenreferat: Gabi Hermannsky und Birgit Rücker, Autonomes Ausländerreferat: Charis Alatzia

★ SPANISCH ★ IN SPANIEN



- * ganzjährig Intensivkurse für *
 - * Anfänger + Fortgeschrittene *
 - * in kleinen Klassen (max. 8 Pers.) *
 - * mit spanischen Lehrkräften *
- ab **DM 880,-**
für 4 Wochen inkl App.

* PROSPEKT + INFOS:
Monica Mahlmann, 8000 München 40
Ricarda-Huch-Str. 11, Tel.: 089/3 59 98 81

ACADEMIA COSTA DEL SOL - Calle Pereda, 5
29017 Málaga (El Palo) - Tel.: 00 34 52/29 88 49

Anzeige

MOTORRADCLUB KUHLE WAMPE BONN|RHEIN-SIEG

Mehr als nur ein Motorradclub - Motorrad und Politik

Die wenigsten Leute assoziieren Motorradfahren mit Politik - eher schon mit Rockern, Schlägern, mit dem Geruch von Macho, Leder, Benzin und Büchsenbier. Nach dem in der Presse gepflegten Image sind Motorradclubs Horden von Rockern in Lederkluft und Kutte, umgeben von einem Hauch von Freiheit und Abenteuer gemischt mit faschistischen Tendenzen und Symbolen. Dieses Image mag für einige Motorradclubs vielleicht zutreffen: Für uns nicht! Und wer die Faszination Motorrad schon einmal selbst erlebt hat, wird - wie wir - diesen Vorurteilen entgegenzutreten wollen.

Wir, der Motorradclub Kuhle Wampe Bonn/Rhein-Sieg, sind ein Zusammenschluß von Leuten, die nicht "nur" begeistert Motorrad fahren, schrauben und "Benzin reden". Unsere Motorradbegeisterung verbinden wir vielmehr - nach dem Vorbild von Bert Brechts Film "Kuhle Wampe - oder wem gehört die Welt" - mit politischem Engagement: Wir setzen uns ein

- * für mehr Verkehrssicherheit,
- * für weltweiten Frieden und Abrüstung,
- * für sinnvolle Freizeitgestaltung,

und wir kämpfen gegen zunehmenden Neofaschismus.

Antifa-Arbeit

Nicht nur im Bonner Raum haben rechtsradikale Gruppierungen in letzter Zeit immer größeren Zulauf, werden öffentliche Auftritte und Übergriffe von Neonazis häufiger. Mit Informationen zu dieser bedrohlichen Entwicklung (und zu Faschismus überhaupt), sowie u.a. mit Gegendemonstrationen wollen wir hier auf Gefahren aufmerksam machen.

Verkehrspolitik

Motorradfahrer/innen gehören immer noch zu den "Randgruppen" unserer Autogesellschaft. Wir wehren uns dagegen, als Verkehrsteilnehmer zweiter Klasse abgestempelt zu werden, weisen hin auf Gefahrenpunkte im Straßenbau, kämpfen für eine Entschärfung der Leitplanken und Fahrbahnmarkierungen, veranstalten Fahrerlehrgänge, Sicherheitsparcours.

Frauen in der Kuhlen Wampe

Bei uns sind Frauen nicht die "Mäuschen hintendrauf". Ca. ein Drittel der Kuhlen Wampen sind Frauen:



Motorradfahren ist eben schon lange nicht mehr reine Männersache. Wir organisieren u.a. Frauenausfahrten und beschäftigen uns mit frauenspezifischen Themen (z.B. Frauen in der Motorradwerbung). Ob Mann, ob Frau - beim "Schrauben" (Reparieren der Motorräder) ist gegenseitiges Helfen groß geschrieben. Wir stehen nicht mehr daneben, sondern greifen selbst zum Werkzeug.

Engagement für

Frieden und Abrüstung

... ist ebenso wie Antifa-Arbeit ein zentrales Thema in der Kuhlen Wampe. Wir verstehen uns als Teil der Friedensbewegung, setzen uns inhaltlich mit Friedenspolitik auseinander, nehmen an Demonstrationen wie in Hasselbach teil, organisieren Motorradcours im Rahmen der Ostermärsche usw.

Unsere politischen Ziele verfolgen wir nicht allein nur in Bonn, sondern bundesweit zusammen mit 65 weiteren Kuhle Wampe Clubs, die alle in einem Bundesverband zusammengeschlossen sind.

Freizeitgestaltung

Clubtreffen, Ausfahrten, Feten, Erste-Hilfe-Kurse speziell für Motorradfahrer/innen, praktische und theoretische Schrauber Kurse, gemeinsames Reparieren, klönen, Erfahrungen austauschen ... Jedes Jahr veranstalten wir mit den anderen Clubs ein Sommertreffen am Nürburgring, Fahrerlehrgänge und und und.

Wer Lust hat, mehr zu erfahren, mitzumachen oder sich den "Haufen" überhaupt erstmal anschauen und live erleben will:

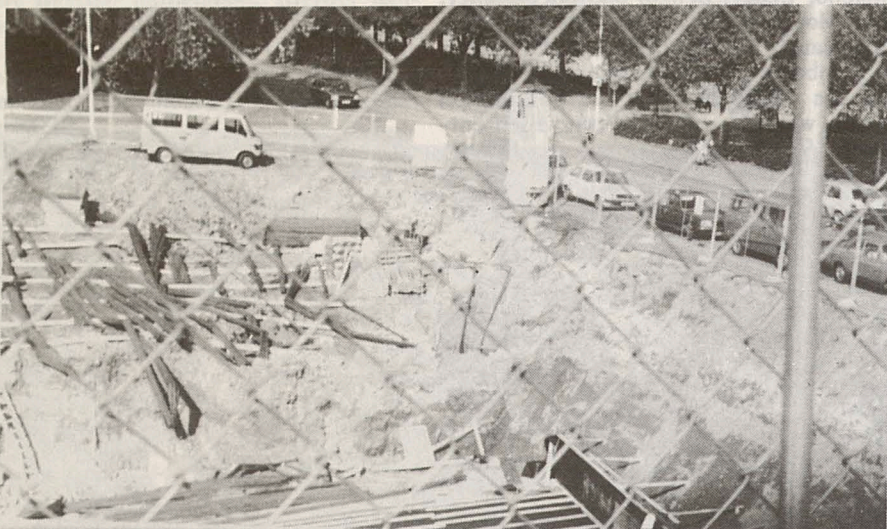
Wir treffen uns jeden Dienstag um 20 Uhr im Rosa Lu, Ellerstr./Ecke Vorgebirgsstr. - Wir freuen uns auf Euren Besuch!

Kontaktadresse:

W. Peter Fordemann
Wiesenweg 40
5300 Bonn 1
Tel. 0228 - 61 51 57

BETON und BAGGER

oder VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG IN BONN



allerlei war ja schon zu hören von Bonns Vorhaben anlässlich einer gemäßen Begehung der 2000-Jahr-Feier. Neuerdings ist auch noch von einem Hotelmonstrum mit integrierter Tiefgarage die Rede- auf dem ehemaligen Synagogenplatz. In die breite Öffentlichkeit geriet die Synagoge erst, nachdem mal wieder alles fast zu spät geworden, der Parkplatz am Brückenkopf der Kennedybrücke aufgebuddelt war und die Bagger vor den alten Synagogenmauern standen. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um einen überraschenden Fund. Schon seit langen Jahren wird hier jährlich eine Gedenkstätte anlässlich der Reichskristallnacht abgehalten. Einhergehend mit dem Verkauf des Grundstücks gründete sich der "Verein an der Synagoge" mit dem Ziel die Synagogenreste zu erhalten und dort eine Gedenkstätte für alle Verfolgten der NS-Zeit zu errichten. Doch die Stadt schien in keinsten Weise einsichtig oder gar kompromissbereit, sie beschloß einen Bebauungsplan, nach dem das ganze Grundstück mit schon erwähntem Klotz verbaut werden sollte. Schon das allein ist eine völlig unverständliche Untat. Es ist kein Geheimnis, daß Bonns Riesenhotels schon zur Zeit völlig unterbelegt sind, also beim besten Willen kein Bedarf an einem neuen Hotel diesen Ausmaßes besteht. Anträge kleinerer Hotels und Gaststätten, die um ihre Existenz bangen, Forderungen nach einer halbwegs vernünftigen und bürger/innen/nahen Nutzung des Grundstücks, wurden nicht beachtet.

Ja, Bonn will mit aller Gewalt sein kleinstädtisches Gesicht überwinden, als Bundeshauptstadt. Jedoch ist es ziemlich verwunderlich, daß gerade Bonn, die Hauptstadt der bundesrepublikanischen Demokratie, es nicht für nötig erachtet, sich auch nur ein wenig um so etwas wie Vergangenheitsbewältigung zu kümmern. Nicht eine Gedenkstätte gibt es im ganzen Stadtgebiet. Wahrscheinlich war es den Stadtvätern höchst unangenehm zu sehen, daß bei der ehemaligen Synagoge ein Bürger/innen/zentrum geschaffen werden sollte, denn es ging niemals darum nur einen stillen Andachtsort zu schaffen. Vielmehr bestanden die Pläne an dem historischen, nicht überseh- und somit auch nicht übergehbaren Ort aller Verfolgten der NS-Zeit zu gedenken. Mensch soll hier die Möglichkeit haben, sich zu informieren, wie Bonn die Nazi-Zeit erlebte und mitrug. Vorgesehen ist ein Diskussionsforum, indem z.B. Parallelen zwischen unserem jetzigem Regime und dem von 33-45. Zu meinen, einer solchen Auseinandersetzung nicht zu bedürfen, ist arrogant und dumm. Wenn mensch bei der Frage nach dem Wert der Demokratie auf das Wirtschaftswunder verwiesen wird, Nonkonformisten seit jeher mit Widerwillen oder überhaupt nicht begegnet wurde, usw., schließt sich die Frage nach der Stabilität unseres Systems an. Die Demokratie als heilige Kuh wird überall gelehrt. Um sich jedoch bewußt für etwas entscheiden zu können, müssen Vergleiche angestellt werden mit dem Natio-

nalsozialismus, mit anderen Systemen. Wer das verhindern will, hat Angst, daß unerwünschte Parallelen gezogen werden müssen, Parlamentarismus vielleicht doch nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Wo bleibt der vielgesprie-sene Pluralismus?

Zu übertünchen bzw. wegzureißen ist die billigste Lösung, bildet mal wieder eine Kontinuität zu einem die Nazi-Zeit erhaltendem Verhalten. Die Stadt wernt sich mit Händen und Füßen gegen eine Stätte der Auseinandersetzung. Ein vernünftiger Kompromiß mit sinnvoller Bebauung und der Gedenkstätte (der ehemalige Synagogenplatz beträgt nur 10% des gesamten Grundstücks!) ist auch jetzt noch möglich. Sogenannte Sachzwänge existieren nicht: noch ist nicht mit dem Bau begonnen worden; die Firma, die das Grundstück gekauft hat, ließ sich weitsichtigerweise ein Hintertürchen im Kaufvertrag offen. Der Verein an der Synagoge soll endlich mit einem angemessenen Etat an der historischen Stätte, in einem Zentrum über der erhaltenen Synagoge arbeiten können. Die bisherige Praxis der Stadt den Verein mit lächerlich kleinen Geldsummen und zeitlich begrenzten Stellen, die ein kontinuierliches Arbeiten völlig unmöglich machen, abzuspeisen, gilt nicht!!!

Heike Struck

Anzeige

*Ich höre
was, was du
nichts hörst!*



FME ELEKTROAKUSTIK GMBH
KAISERSTRASSE 9 5300 BONN 1
TELEFON 0228 / 22 44 77

FASCHISTEN IN BREMEN

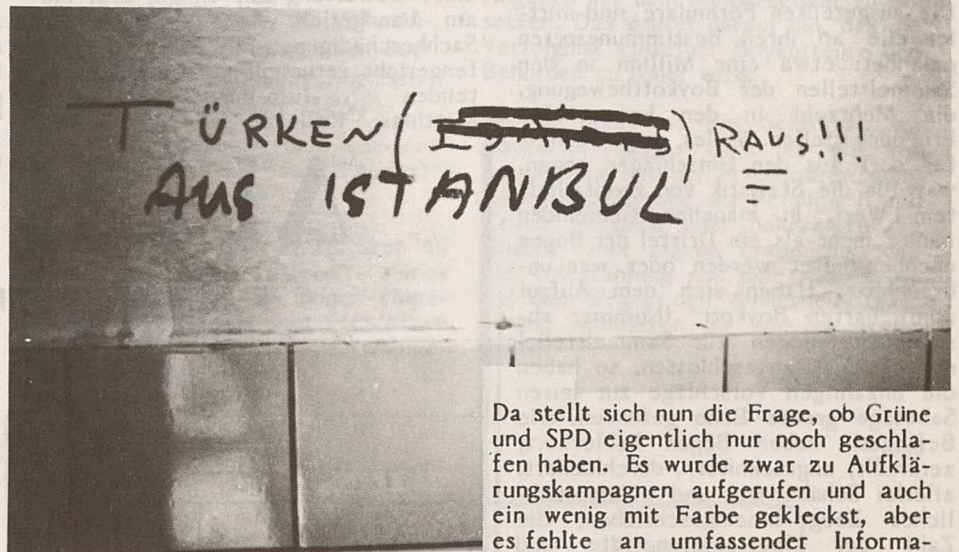
Franz-Josef Strauß' Alptraum ist wahr geworden: Bei den diesjährigen Landtagswahlen ist seine Schwesterpartei trotz Schelten und Mahnen noch rechts überholt worden. Gerhard Freys Deutsche Volkunion (DVU) zog mit einem Abgeordneten in den Bremer Landtag ein.

Mit dem Ziel, ein "Fanal" (wörtlich: Feuerzeichen) in ganz Deutschland zu setzen, hatte sich am nördlichen Weserende alles mögliche faschistische, rechts neben der CDU stehende in den Wahlkampf gestürzt. NPD und DVU hatten sich zur "Liste D" zusammengerottet. Außerdem kandidierten die "Republikaner" und die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP). Die "Liste D" schlug wahre Materialschlachten mit noch harmlos anmutenden Sprüchen wie "Deutsche wählen deutsch" bis hin zu markigen Vorwürfen in Richtung Regierung: "Noch nie sind die Wehrlosesten unter den Wehrlosen, Ungeborene und Gefallene, so geschändet worden wie unter Helmut Kohl". Natürlich wurde auch heftigst gegen "Überfremdung" durch "Nestbeschmutzer" gewettert. Zwei Millionen DM sind in diesen Wahlzug geflossen - mehr als Grüne, SPD, FDP und CDU zusammen ausgegeben haben. Nur durch Mitgliedsbeiträge konnte das freilich nicht finanziert werden. Während die NPD Leute stellte, kam das Geld aus der DVU-Zentrale in München. Hier fließen die Spenden von finanzkräftigen Industriellen, Professoren, Überbleibseln besonders preußischen Adels, ehemaligen HJ-Obermackern und ähnlichem Volk zusammen. Daneben ist auch der Vertrieb von nationalistischen bis faschistischen Zeitschriften sehr lukrativ (z.B. "Deutsche Nationalzeitung", "Deutscher Anzeiger", "Deutsche Wochenschau"; wöchentliche Auflage 130.000).

Bei dem Verleger Frey liefen die Fäden zusammen, einem Prachtexemplar an Opportunismus und sonstiger Verlogenheit. Vor seinem großen Coup sammelte er Sympathien bei CDU/CSU, indem er empfahl, CDU anstatt NPD zu wählen, um ja keine Stimme zu verschenken. Als Versöhnungsangebot an letztere war Frey von 1975-79 NPD-Mitglied. Nebenbei gründete er fleißig einen Verein nach dem anderen (Basisarbeit!), vom "Deutschen Schutzbund für Volk und Kultur" bis zur "Initiative für Ausländerbegrenzung". Auch im Sammeln von Spenden zur Heldenverehrung (z.B. Gedenktafeln für SS-Männer und sonstiger Volkstumspflege war er sehr emsig.

So eifrig tätig hat er sein Ziel erreicht: einer seiner Leute sitzt im Bremer Landtag, einer bislang roten Hochburg. Es handelt sich dabei zwar um (noch?) keine Machtübernahme, zumal DVU und NPD, die auf einer Liste gingen, in einigen Punkten völlig zerstritten sind. So steht die NPD z.B. für ein "neutrales wiedervereinigtes Deutschland", während die DVU Stärkung der NATO wünscht.

Nichtsdestotrotz ist der große Schritt in ein Landesparlament getan. Dort hocken sie nun und künden aller Welt - völlig legitim - von der Stärke ihrer faschistischen Bewegung. Diese immer noch als harmlos zu bezeichnen oder gar zu leugnen - höre, was Birne dazu zu sagen hat! - grenzt an Deckung faschistischer Aktivitäten. Ein neues Sprachrohr ist geschaffen, ganz zu schweigen von der kräftigen Finanzspritze durch die Wahlkampfkostenrückerstattung.



Da stellt sich nun die Frage, ob Grüne und SPD eigentlich nur noch geschlafen haben. Es wurde zwar zu Aufklärungskampagnen aufgerufen und auch ein wenig mit Farbe gekleckst, aber es fehlte an umfassender Informationsarbeit. Die SPD-Idee, Wahlkampfmaterial der "Liste D" als Altpapier zu sammeln, war auch nicht sonderlich originell. Vielleicht fühlten sich die Damen und Herren im hohen Norden gar zu sicher? Sie hätten besser daran getan, ihre Zeit auf linkspolitische Basisarbeit zu verwenden, anstatt sich selbst darzustellen!

Angeichts der Neugründung des RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) in Bonn sollte die ganze Sache besonders dem AStA sowie allen linken Hochschulgruppen zu denken und arbeiten geben, damit derart faschistische Strömungen wenigstens nicht aus Unwissenheit und Dummheit unterstützt werden.

Heike Struck



VOLKSZÄHLUNG – ZUM STAND DER DINGE ENTWARNUNG FÜR BOYKOTTEURE ?

Der Stichtag der Volkszählung ist seit fast fünf Monaten verstrichen. Die öffentliche Diskussion darüber ist verstummt. Die Auswertung findet im Stillen statt: in Erhebungsstellen, in den übriggebliebenen Boykott-Initiativen, aber auch in Ordnungsämtern und Gerichtssälen.

Ist die Volkszählung auch aus den Schlagzeilen verschwunden, so ist sie doch noch nicht ausgestanden. Für manche hat sie nicht einmal begonnen. Immer noch gibt es Haushalte, die keinen Bogen erhalten haben, besonders in Großstädten. Einige Zähler waren genauso unzuverlässig wie die Bürger, die die Bögen ausfüllen sollten.

Datenschrott

Die ausgeteilten Formulare sind mittlerweile an ihren Bestimmungsorten gelandet: etwa eine Million in den Sammelstellen der Boykottbewegung, die Mehrzahl in den kommunalen Erhebungsstellen. Vieles, was die Helfer dort aus den Umschlägen zogen, war für die Statistik von zweifelhaftem Wert. In manchen Gemeinden mußte mehr als ein Drittel der Bögen nachbearbeitet werden oder war unbrauchbar. Haben sich dem Aufruf zum "harten Boykott" (Nummer abschneiden, Bogen zur Sammelstelle) nur ca. 2 % angeschlossen, so haben die unzähligen Vorschläge zur leisen Sabotage großes Echo gefunden. Die Befragten haben Bögen bekleckert, zerknüllt, angeschnitten, durchlöchert, allerlei Schabernack und widersprüchliches Zeug hineingeschrieben; die Zahl der Oberbürgermeister und Pfarrer soll sprunghaft gestiegen sein. Zu den absichtlich falschen Angaben kommen die Werke derjenigen, denen beim Anblick auch des einfachsten Formulars der kalte Schweiß ausbricht.

Nicht nur der Staat ringt mit sich, wie er den Ablauf der Zählung bewerten (und gegenüber der Öffentlichkeit darstellen!) soll, auch die Boykott-Initiativen sind sich nicht einig. Offenbar hat höchstens die Hälfte der Totalverweigerer ihren Bogen zu einer Sammelstelle der Boykottbewegung gebracht. Im September vermißte die Bonner Erhebungsstelle z.B. noch 9 % ihrer Bögen (d.h. die Angaben über ca.

25.000 Bürger). Trotzdem hatten Optimisten vom harten Boykott mehr erwartet. Die Zahl der stillen Saboteure hingegen scheint sehr hoch zu sein.

Auf dem juristischen Feld gibt es zwei Orte der Auseinandersetzung. Gerichte versuchen manchenorts, Boykottaufrufer wegen Anstiftung zu einer Straftat (§ 111 StGB) zu belangen. Zu diesem Zweck müssen sie das Abschneiden der Kenn-Nummer als Sachbeschädigung (§ 303 StGB) bewerten. Die Mehrheit der Richter in Sachen Volkszählungsboykott lehnt diese Bewertung ab, einige, z.B. die am Landgericht Bonn, bejahen die Sachbeschädigung. Ein Bonner Schöffengericht verurteilte den stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Matthias Kollatz zu 3500 DM.

Matthias' Arbeitgeber, die Uni, erwägt nun seine Entlassung wegen Gesinnungszweifeln. Interessant könnte der Prozeß gegen den Jungdemokraten und ehemaligen Mathe-Fachschafter Achim Klabunde werden. Achim beruft sich darauf, daß die Durchführung der Zählung in NRW rechtswidrig gewesen sei, weil der kommunalpolitische Ausschuß des Landtages entgegen dem Gesetz nicht gehört wurde. Die Verteidigung hat beantragt, u.a. Innenminister Schnoor als Zeugen zu laden.

Stunde der Denunzianten

Wer zum Boykott aufgerufen hat, ohne ausdrücklich zu sagen: schneidet die Nummer ab, dem rückt das Ordnungsamt auf die Pelle – was nicht heißt, daß es billiger wird. Bundestagsabgeordnete der Grünen mußten Ordnungsgelder von je 8400 DM latzen, Bernhard Meier von "De Schnüss" traf es mit 3000 DM, Arnold Bruns vom Progreß-Buchladen zunächst mit 2000 DM (auf seinen Widerspruch hin reduzierte das Gericht "aus sozialen Erwägungen" auf die Hälfte). Die presserechtlich Verantwortliche der "LUST-Schriften" Nr. 11 (Mai '87),

ALLE WELT TUT'S.

Volkszählung Mai '87

Zehn Minuten helfen.



Gescheitert!

Von Christoph Butterwegge

Weshalb haben wir den Erhebungsstellen Schwierigkeiten gemacht? Aus der Vielzahl unserer angeführten Argumente greife ich zwei heraus:

1. Die Daten dienen der Herrschaftssicherung und sozialen Kontrolle. Kleinräumige Bezugssysteme („Blockseite“) sollten ein genaueres Bild der Bevölkerung vermitteln.

2. Die Volkszählung 1987 bezweckte gleichzeitig einen Unterwerfungsakt, eine Art „Volkszählung“ zur weiteren Durchsetzung der Rechtsentwicklung. Wenn die Bevölkerung diese Totalerfassung akzeptieren würde – so daß Kalkül – würde sie auch andere „Wende“-Maßnahmen tolerieren.

Die Betreiber der Volkszählung haben nur zum geringsten Teil erreicht, was sie wollten. Was die Behörden im Computer haben (riesige Datenmengen, durch „weichen“ Boykott verfälscht), ist das eine –



was die Boykottgruppen politisch bewirkt haben (kritische Bewußtseinsbildung, Ablehnung einer neuerlichen . Totalerfassung durch Gewerkschaften und SPD), das andere.

Wie geht's weiter? War die Volkszählung 1987 nur ein Steinchen auf dem Weg zum autoritären Überwachungsstaat, so muß sich die Boykottzur Bürgerrechtsbewegung weiterentwickeln. Die vorhandenen Bündnisstrukturen sollte sie

für eine Verbreiterung ihres Themenspektrums nutzen und sich anderen Formen des Abbaus demokratischer Rechte zuwenden (sogenannten Sicherheitsgesetze, Berufsverbote, Kontrolle der Polizei und der Geheimdienste). Die Volkszählung 1987 ist tot, es lebe die Boykottbewegung!

Dr. Christoph Butterwegge, Sprecher der Bremer Initiativen gegen die Volkszählung ist Autor einer ausführlichen Boykott-Bilanz in der Zeitschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (SPW)

(aus „Frontal“)

Katina Schubert, soll 2000 DM berapen. Dieses Glück verdankt sie dem RCDS-Mann Jürgen Peters, der sie gleich wegen dreier Druckwerke bei der Stadt denunzierte. Ein weiteres Mitglied der LUST versuchte Peters wegen angeblichen Verteilens besagter Zeitung anzuschwärzen.

Auch die Hausdenunzianten des AStA, Alexander Nowak und Rudolf von Laun, haben das Thema Volkszählung entdeckt und das Verwaltungsgericht Köln aufgefordert, die Bonner Studentenschaft mit Ordnungsgeldern zu bestrafen (die in die Tausender zu gehen pflegen), weil drei ihrer Organe sich „allgemeinpolitisch“ zur Volkszählung geäußert haben sollen. Das Studentenparlament, indem es im Februar zum Boykott aufrief. Die „Akut“ durch ihren aus der „Wechselwirkung“ übernommenen Artikel von Heinrich Rieger („Der Staat liebt Sie“, „Akut“ Nr. 221, Februar '87) sowie durch die Gestaltung der Rückseite derselben Ausgabe. Der AStA schließlich durch einen Artikel über das Antirepressions-Referat im „Uni-Extra“ der Stadtzei-

Rechtsschutzfibel. Außerdem nennen Nowak und von Laun sechs Schriften linker Hochschulgruppen, die in einem Regal auf dem AStA-Flur ausgelegt haben sollen, und werfen dem AStA vor, die Auslagen nicht zensiert zu haben. Hierzu bedürfte es eines hauptberuflichen Regalzensors, denn die Ablage steht der Allgemeinheit zur Verfügung. Dort liegen ständig etwa 20 verschiedene Schriften aus, von Flugblättern des AStA über Zeitungen von Hochschulgruppen, Gewerkschaftszeitungen, Film- und Sportprogramme bis zu Prospekten von Reisebüros.

Rückzug der Behörden ?

Offen ist, was mit jenen passiert, die bis heute die Rückgabe ihres Bogens verweigern? Besonders in ländlichen Gemeinden gab es Zwangs- und Ordnungsgelder, über die vor Gericht weiterverhandelt wird, in vielen Städten passierte gar nichts. In Bonn gibt es bisher keine Heranziehungsbescheide, sondern nur unverbindliche Mahnungen. Die Erhebungsstelle hat bereits damit begonnen, Ersatzvornahmen zu machen, d.h. fehlende Bögen durch Angaben aus dem Melderegister zu ersetzen. Das deutet darauf hin, daß die Verfolgung einzelner Boykotteure den Behörden zu teuer wird.

Ebenso offen ist das Schicksal der Boykottbewegung. Geht es mit ihr bergab wie mit der Friedensbewegung nach Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles, oder beherzigen die „VoBos“ ihre eigene Erkenntnis, daß die Volkszählung nur eine Etappe ist auf dem Weg in den „Sicherheitsstaat“ – und sabotieren an anderer Stelle weiter?

Jan Baumeister

Anzeige

Seit 1872 in Bonn
Ihre Fachbuch-Buchhandlung

Behrendt
neben der Universität · 658021

Verkauf auf 4 Ebenen ● Fahrstuhl durch 5 Etagen
tägl. 8.30–18.30 Uhr, langer Sa. 8–18 Uhr
Filialen: Mensa Nassestr. / MED BOOK Mensa Venusberg

ES GIBT IN DER BUNDESREPUBLIK KEINE FREIEN WAHLEN MEHR

Zumindestens seit dem 16.9.87, denn an diesem Tag entfernte das Bundesverwaltungsgericht den Marburger Postbeamten Herbert Bastian nach 29 Jahren aus dem Dienst und hob damit ein gegenteiliges Urteil der Vorinstanz auf. Grund: Herbert Bastian hat das passive Wahlrecht gemäß Artikel 38(2) Grundgesetz (GG) wahrgenommen - allerdings für die "falsche" Partei. Er ist gewählter Abgeordneter der Marburger Stadtverordnetenversammlung für die DKP.

Herbert Bastian ist nicht etwa wegen Dienstverfehlungen mit einem Berufsverbot belegt worden, sondern ausschließlich für seine Tätigkeit als freigeählter Abgeordneter einer legalen Partei!

Dieses Urteil bedeutet einen Eingriff in die politischen Rechte seiner Wähler und des Parlaments, dem er angehört.

Und es bedeutet gleichzeitig eine Aushebelung der parlamentarischen Demokratie insgesamt, da das freie Wahlrecht (aktiv und passiv) eine zentrale Rolle darin einnimmt.

Das Grundgesetz ...

Dabei scheint die bundesdeutsche Demokratie gut geschützt:

"Niemand darf wegen ... seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt ... werden" (Art.3(3) GG) und stärker noch "Niemand darf gehindert werden, das Amt eines Abgeordneten zu übernehmen und auszuüben. Eine Kündigung oder Entlassung aus diesem Grund ist unzulässig" (Art.48(2) GG).

Diese Artikel haben der Verfolgung politisch Andersdenkender und im besonderen gewählter Abgeordneter eigentlich einen sicheren Riegel vorgeschoben.

... und was daraus wird

Nun, Gerichte können nicht einfach das Grundgesetz aufheben, so weit ist es noch nicht! - aber sie können es uminterpretieren.

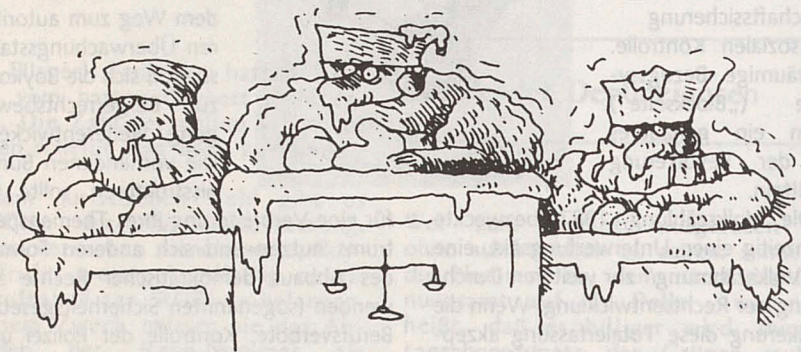
Man behauptet einfach, die DKP verfolgt verfassungsfeindliche Ziele, ohne das allerdings zu beweisen. Selbst im "Verfassungsschutzbericht" gibt es keine einzige Belegung dieser These, sondern nur unbewiesene Behauptungen. Nimmt man das Parteiprogramm

der DKP zur Hand, findet man auch dort keine Hinweise auf derartige Bestrebungen. Herbert Bastian hat vor dem Gericht dargelegt, daß er das Grundgesetz achte und für ihn z.B. das Recht auf freie Wahlen absolut verbindlich ist, auch in einer sozialistischen BRD.

Die sozialistische Umgestaltung ist aber durch Artikel 14 und 15 GG gedeckt.

Aber selbst wenn das Gericht glaubt, daß die DKP verfassungsfeindlich ist, vergißt es eine "Kleinigkeit", nämlich Art.21(2) GG "... Über die Frage der Verfassungswidrigkeit (von Parteien der Autor) entscheidet das Bundesverfassungsgericht."

Das Verfassungsgericht hat aber die DKP nicht verboten!



1.2.1987



... der Antikommunismus ist die
Grundtorheit dieses Jahrhunderts
Thomas Mann

Völkerrecht

Auf internationaler Ebene ist die BRD mit ihren Berufsverboten sowieso hoffnungslos isoliert. Die internationale Arbeitsorganisation der UNO (ILO) hat im Februar 1987 die Praxis der Diskriminierung von Kommunisten (aber auch Sozialdemokraten und nicht in Parteien Organisierten) als **völkerrechtswidrig** erklärt. Die Bundesregierung hätte dagegen vor dem internationalen Gerichtshof klagen können, was sie aber nicht tat. Somit ist das ILO-Urteil bindend und - Völkerrecht geht vor Bundesrecht - in der BRD quasi Gesetz.

Wieso hat das Bundesverwaltungsgericht es nötig, in solch scharfer Weise gegen Völkerrecht und Grundgesetz zu verstoßen?

Ich glaube, es ist der letzte Versuch der Rechtskräfte - das Berliner (West) Gericht gehört zur konservativsten Sorte - eine Entwicklung zurückzudrängen, die ihnen Sorgen macht.

Antikommunismus

Der Antikommunismus war in Deutschland schon immer Staatsdoktrin und ist in der Bundesrepublik konsequent weitergeführt worden. Der Höhepunkt war das KPD-Verbot 1956, wonach die Kommunisten wieder in die Knäste gesteckt wurden. Dort trafen sie meist alte Bekannte - ihre ehemaligen KZ-Wächter. Seit dem Beginn der Entspannungspolitik gab es dann das Problem:

Wenn man mit Kommunisten in der DDR spricht, wie kann man verhindern, daß auch die Kommunisten der BRD akzeptiert werden. Der Radikalerlaß der SPD/FDP Regierung war die logische Antwort. Heute ist die Lage aber wesentlich schwieriger. Die SPD kämpft mittlerweile gegen Berufsverbote, der FDP-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg hält Berufsverbote für skandalös und der Kommunist Gorbatschow ist in der BRD beliebter als der Bundeskanzler. Die Creme de la creme der bundesdeutschen Industrie gibt sich in Moskau und Berlin/DDR die Klinke in die Hand.

Da fällt es natürlich sehr schwer, der Bevölkerung klar zu machen, daß ausgerechnet die Kommunisten im eigenen Land die bösen sind - zumal sich immer mehr Menschen fragen, wieso es z.B. in der DDR keine Stahlkrieze gibt.

Detlev Kamps

ZU LINKISCH

Hiermit möchte ich Euch die Kosten für den abgerissenen Knopf an dem mir nun endgültig geplatzten Kragen in (Ab-)Rechnung stellen.

Euer Problem, liebe "Akut", ist akut. Zur gemeinsamen Diagnose stelle ich mich gern neben Jörg Dietzel, der in schon fast heroischer Weise diese schriftstellerische Maul- und Klauen-seuche bekämpft.

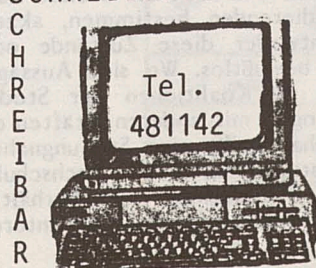
1. Zunächst einmal - betreffend den rhetorischen Bereich - bin ich froh, daß mein Gewissen mich nicht dazu zwingt, auf der breiten Straße der Unverständlichkeit eines Textes mitzuwandern dadurch, daß ich mich bemühen müßte, jedes "man" u.ä. mit tiefempfundenem Abscheu aus meinem Vokabular zu streichen. Sätze wie - in letzter, aber wahrer Konsequenz: sie kündigte so man/frauchen Job, um in Mann/Frauheim als Mann/Frauequin für Man/Frautelmode zu arbeiten", wären mir einfach ein Greuel. Überzeugung kann man auch auf weniger plumpe Weise zeigen.

2. Wer bereitwillig in jede sich bietende Posaune hineinbläst, bringt - antijerichomäßig sozusagen - höchstens die Mauern der Ästhetik und des guten Geschmacks zum Einsturz.

So z.B. der Möllemann-Artikel in Nr. 223, der in Sätzen wie "dabei gab der Minister nur Leerformeln und heiße Luft von sich" gipfelte. Ohne eine übermäßig devote Haltung gegenüber Ministern zeigen zu wollen - Sätze wie: "Möllemanns Kopf nur zum Frisurtragen da?" sind eine Frechheit und erinnern an dummliche Parolen aus APO-Zeiten.

3. Keiner besonderen Begründung bedarf die Ablehnung des ekelhaften Porno-Comics in Heft 222, der wohl nicht nur dem Thema "Schwule in der Gesellschaft" einen Bärendienst erweist.

SCHREIBARBEITEN



* Korrekturabzug vorab
* Blocksatz
* versch. Schrifttypen
* Fettdruck
* Seite DM 3,50
N Tel.: 481142

S
C
H
R
E
I
B
A
R
B
E
I
T
E
N

Anzeige

4. Toll sind auch immer die platten Erzeugnisse der "Akut"-Verseschmiede, die zwar ohne Sinn oder Versmaß sind, dafür sich aber wenigstens auch nicht reimen, geschweige denn einen Zweck haben.

5. Krönung der letzten Ausgaben waren jedoch ohne Zweifel die unter der Rubrik "Frauen" abgedruckten Wirrheiten.

In Heft 223 fängt das schon mit der Überschrift an: "Reise im Patriarchat" - astrein! Rettet dem Ablativ: komm, wir geh'n beim Aldi! Oder: Reise innerhalb des Patriarchats? Mutig, aber unwahrscheinlich. Oder ist "Reise" ein Name wie "Alice"?

Und dann "Harm-los", "Nicht-Bereitschaft", "Bereit-Sein", "Wahr-zunehmen", "Furcht-los" - "Gramma-tick" oder "Rhetor-hick" möchte ich Euch zurufen, liebe Verbal-Innova-Toren!

Am meisten hat mich jedoch erstaunt, daß nach den Schreiber/innen "der Anspruch von Lesben, 'Lesbisch-Sein ist politisch/feministisch' nicht in Frage gestellt wurde".

Meiner Meinung nach ist das ganze Geschreibsel über die Deckungsgleichheit der Begriffe Frau/Lesbe eine üble, pseudo-soziologische Gleichmacherei, die dem Erfordernis der Gleichberechtigung nur abträglich sein kann.

6. Von besonderer Güte ist jedoch der Einfall, in Nr. 223 einen Umfragebogen zu veröffentlichen, in dem die Studenten über ihre Ferien- u.ä. Jobs Auskunft geben sollen.

Dies zeugt von einem verfassungsrechtlichen Unverständnis sondergleichen: das Verhalten, einerseits gegen die Volkszählung wie ein Rohrspatz zu wettern, und dann eine solche Umfrage zu initiieren, ist mit dem Begriff "Inkonsequenz" noch freundlich umschrieben. Und das auch noch, wo doch jeder weiß, daß es weder notwendig ist, noch nützlich sein kann, von den Leuten bestimmte Daten zu erfragen! Nach diesem volley per Fallrückzieher erzielten Eigentor wird Euch der Ruch der Studentenaushorchung anhaften. Selten so gelacht!

Insgesamt gesehen: ist "Akut" das Magazin der Bonner Studenten und steht unter der Schirmherrschaft des AStA, der ja immer wieder voller Selbstzufriedenheit betont, "links" zu sein, so bleibt nichts anderes übrig, als sowohl AStA als auch "Akut" links liegen zu lassen.

Gesamturteil: zu linkisch!

Mit vorzüglicher Hochachtung
Thomas Volkmann

Burschen gegen Frauen

Sehr geehrte Kommilitoninnen und Kommilitonen!

In der Hoffnung, daß die Kennzeichnung dieses Leserbriefes als ein solcher eindeutig genug ist, erlaube ich mir folgende Bemerkungen zu einem Vorfall an unserer Universität:

Meine Burschenschaft ist eine studentische Vereinigung, die sich selbst einen politischen Auftrag gegeben hat. Diesen erfüllen wir insbesondere durch Diskussionsabende mit Referenten auf unserem Haus. Daß die Qualität unserer Referenten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft (zuletzt Egon Bahr) die vieler politischer Gruppen in Bonn einschließlich des AStA übersteigt, vermag ich hier ohne Arroganz festzuhalten. Es liegt in der Natur der Eingeladenen begründet. Wie jede politische Vereinigung ist meine Burschenschaft auf öffentliche Bekanntgabe ihrer Vorträge u.a. durch Plakate angewiesen. An Überplakatierung ist man ja schon gewöhnt. Das Verhalten einiger Plakatierinnen (Plakateusen?!) des sog. Frauenreferats vor einiger Zeit erfordert m.E. wegen seiner Dreistigkeit Erwähnung. Als mehrere Mitglieder meines Bundes für einen Diskussionsabend mit dem Kieler Prof. Seiffert plakatierten, wurden die noch feuchten Plakate von genannter Damenriege abgerissen. Hierauf angesprochen, argumentierten die verehrten Kommilitoninnen zunächst mit Aktualität der eigenen Veranstaltung (ein Blick auf die beiden Daten widerlegte dies sofort), danach in etwas nebulöser Art mit "politischem Vorrang", sprich: "Was Ihr Burschis macht, ist eh sch... und somit könnwer Euch abreißen". Trotz mehrfacher Aufforderung blieben die Damen bei ihrer Deplakatierungsaktion.

Ein kleiner Vorfall, zugegeben. Wozu die Aufregung, mögen viele Kommilitonen fragen, da kann man nichts machen. Sie lächeln über die Naivität, die ihrer Meinung nach aus meinen Zeilen spricht. Andere fordern dazu auf, nach gleicher Manier vorzugehen. Nun, wenn das Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz in der Bundesrepublik Deutschland heute bereits für naiv gilt, dann ist das traurig, dann stehe ich aber auch zu dieser angeblichen "Naivität". Das bin ich mir und meinem Bund schuldig. Ich halte das Frauenreferat für eine höchst überflüssige und politisch schädliche Angelegenheit (über juristische Aspekte möchte ich mich nicht auslassen). Das

tut aber nichts zur Sache. Ich erwarte aber knallhart von den Damen die Toleranz in der Meinungsfreiheit, die jedem angehenden Akademiker mit einem Funken Verstand nach vier Jahrzehnten Demokratie in Westdeutschland innewohnen sollte. Desweiteren sind die dargestellten Methoden der Straße für einen Bund, dessen Grundsätze Freiheit, Menschenrecht und Einheit unter dem Namen "Burschenschaft" schon zu einer Zeit galten, als Karl Marx noch lallend in den Windeln saß, unakzeptabel. Wir werden uns ihrer nicht bedienen; die Verantwortung für die Verlotterung der politischen Sitten gerade an der Universität soll bei denen bleiben, die Methoden der Gewalt vor die Toleranz und damit vor die Demokratie setzen.

Ein kleiner Vorfall, zugegeben. Er sollte zum Nachdenken anregen und zeigen, daß die wahre Demokratie auch an der Universität wach bleiben, wehrhaft sein muß.

mit freundlichen Grüßen,

Stephen Gerhard Stehli
(stud. phil., Sprecher der Burschenschaft der Norddeutschen und Niedersachsen)

betr.: Leserbrief von Anke Frankenberg (LA) in "Akut" 223

Liebe Anke!

In Deinem Leserbrief zu meiner Wahlanalyse aus "Akut" Nr. 221 gehst Du auf meine Thesen zur Politik der LA kaum ein bzw. bestätigst sie, ohne es zu merken. Gerade Euer borniertes Verständnis von "Studentenpolitik" hatte ich kritisiert. Wer sich um "uni-interne Angelegenheiten, die Hochschulpolitik der Bundes- und Landesregierung sowie sonstige Studenten betreffende Belange kümmern" will (was eine banale Aussage ist, denn das wollen alle Gruppen; es kommt darauf an, was man inhaltlich erreichen will!), ohne sich um die gesellschaftlichen Zustände zu kümmern, die die Studieninhalte wie auch die soziale Lage der Studierenden bestimmen, akzeptiert entweder diese Zustände oder handelt bewußtlos. Wo sind Aussagen der LA zu Koalitionen der Studenvertretungen mit anderen Kräften der Gesellschaft? Wo eine Stellungnahme zur Umstrukturierung der Hochschulen und deren Ursachen, zum Verhältnis von Wissenschaft und Kapitalinteressen? Es gibt sie nicht!

Die Mentalität des apolitischen Standesdenkens, die ihr propagiert, konserviert die Macht- und Besitzverhältnisse. In diesem Sinne seid Ihr eine "Liste des großen Geldes", unabhängig davon, wie luxuriös Euer Tagungsraum ist.

Jan Baumeister

Der Kurs "Zukunftsbilder: Wenn ich könnte, wie ich wollte ..." dreht sich um die Hindernisse zwischen Wunsch und Realität, die ich mir selber in den Weg lege. Ab 3.11., jeweils um 20 Uhr, wird dieses Thema mit psychodramatischen Techniken in der Sternburgstr. 58, Poppelsdorf, angegangen. Die Gebühr beträgt 15,- DM pro Abend. "Ich stecke in der Krise ..." - am Wochenende 14./15.11. findet das Seminar in der Sternburgstr. 58 statt und kostet 50,- DM. Anmeldung: WERKSTATT FRIEDENS-ERZIEHUNG, Sternburgstr. 58, Bonn 1, Tel.: 220604

Prof. Dr. Bernhard (Universität Rostock): "Der Schriftsteller Arnold Zweig" Mo. 16. November 20.00 Progress Buchhandlung, Oxfordstr. 17

Arnold Zweig ist einer der deutsch-jüdischen Schriftsteller, der in der Weimarer Republik mit den Romanen "Streit um den Serganten Grischa" und "Erziehung vor Verdun" den preußisch-deutschen Militarismus aufs Korn nahm. Von den Faschisten ins Exils getrieben, wurde er nach 1945 auch in der Bundesrepublik von der literarischen Kritik geschnitten, weil er sich in der DDR niederlassen wollte. Erst in den letzten Jahren wurde Arnold Zweig, der in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag feiert, auch in unseren Land wieder entdeckt und gelesen. Eine gründliche Beschäftigung mit ihm steht aber noch aus.

Anzeige

MÖBEL-KISTE.
Angebot Qualität Service

Ordnung ist der halbe Schreibtisch...

... vier geräumige Schubkästen, mehrfach verstellbare Platte, Bleistifttrichter und Griffmatten. Ein Arbeitsplatz, an dem die Pflicht zum Hobby wird.



TOR II mit viel Massivholz. 70 x 140 cm
IN 498,-

Drehstuhl mit lustiger Streifenpolsterung, mit allem Sitzkomfort, nach neuesten Sitznormen.
IN 158,-

MÖBEL-KISTE.
Thomas Mann Str. 22
5300 Bonn 1

* Mitnahmepreise

TERMINE

AKUT 31

NATIONALE IDENTITÄT CONTRA EMANZIPATION oder DER STREIT DER DEUTSCHEN; Seminar; Anmeldung: bis zum 25.10. beim BILDUNGSWERK FÜR FRIEDENSARBEIT, Berliner Platz 33, Bonn 1, Tel.: 634142; der Kurs hat die Nummer BF-084; Zeitpunkt und Ort wird bei der Anmeldung bekanntgegeben

WIE STEHT ES MIT DER HILFSKRÄFTE-BEZAHLUNG?

Zum Stand der (gerichtlichen) Auseinandersetzungen um noch ausstehende Lohnnachzahlungen für '85 und '86 und zur Arbeitssituation der Hilfskräfte an der Bonner Uni.

WIE GEHT ES WEITER?

Informationsveranstaltung der Hilfskräfte-Initiative mit Prof. Dr. Klaus Fröhlich (GEW, Mitglied der Tarifkommission für Hilfskräfte in NRW)

DIENSTAG, 3.11., 20 Uhr, HS 3

AGJPB SEMINAR: "Grundlagen der Zeitungsarbeit" 6.-8.11. im Naturfreundehaus Berg/Eifel; Anmeldung an: AGJPB; Wolfstr. 10; Hinterhaus; 5300 Bonn 1; Anmeldeschluß: 25.10.; TeilnehmerInnenbeitrag: 30,- DM incl. Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten

SELBSTVERTEIDIGUNG FÜR FRAUEN

mittwochs: 16.30 bzw. 17 Uhr + 1,5 h

donnerstags: 16.30 bzw. 17 Uhr + 1,5 h

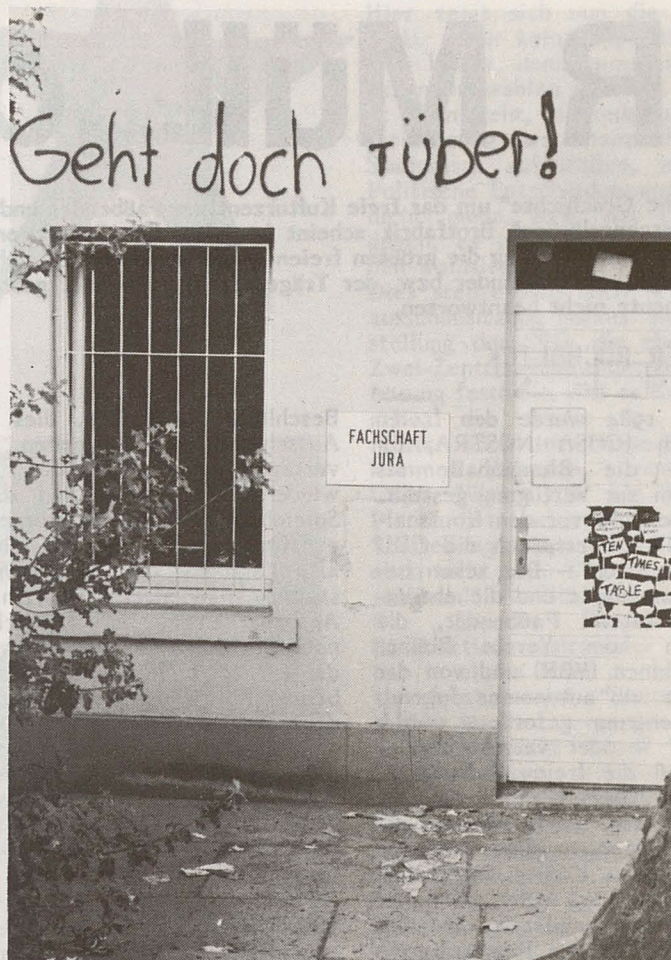
Beginn: 1te Novemberwoche

Dauer: 10x

ca. 60 DM

Anmeldung und weitere Infos:
Frauenbildungswerkstatt,
Im Krausfeld 10
0228/636153

PODIUMSDISKUSSION der Aids-Hilfe Bonn e.V. in Verbindung mit der FS Jura; Teilnehmer: Manfred Bruns Bundesanwalt am BGH Karlsruhe; Dr. Rolf Krumsiek Justizminister des Landes NRW; Prof. Dr. H.-J. Rudolphi Prof. Uni Bonn - Am Dienstag den 27.10. um 20 Uhr im HS D; Juridicum; Diese Veranstaltung findet im Rahmen der Benefiz-Veranstaltungswoche der Aids-Hilfe Bonn statt und steht unter der Schirmherrschaft von NRW-Ministerpräsident Rau.



Sie suchen einen Personal Computer ?? Wir haben ...	
am Hardware	am Software
am Zubehör	am Peripherie
am Service	am Beratung
- Eigene Reparaturwerkstatt - Wartungsverträge - Ersatzteile innerhalb von 24 Stunden	- Einzelberatungen z.B. zur Hardwarewahl - Kooperation mit dem Mikrocomputerszentrum der GHD - EDV-Systemberatung zu günstigen Konditionen
Sprechen Sie mit uns, - wir helfen Ihnen weiter! Computersysteme Öffnungszeiten: Mo. - Fr., 10 - 18 Uhr Uwe Heymüller, Friedrichstr. 34, 5300 Bonn, Tel.: 0228 / 65 63 30	

Anzeige

DER MüLL, die Stadt und

und

Die "Unendliche Geschichte" um das freie Kulturzentrum Faßbender und die "provisorische Übergangslösung" Brotfabrik scheint beendet. Die Stadt Bonn befriedigte mit einer Minimallösung die größten freien Kulturgruppen eher mehr als weniger. Die Frage, ob Faßbender bzw. der Trägerverein Faßbender gestorben ist, kann mensch heute nicht beantworten.

KURZER RÜCKBLICK

Im Sommer 1984 wurde den freien Kulturgruppen (COSIA NOSTRA, bji Bonn jazz-ini) die Blumenhalle als Kulturzentrum zur Verfügung gestellt. Ende 84, also kurz vor den Kommunalwahlen in NRW, versprach die CDU zwei Kulturzentren. - Die schon bestehende Blumenhalle und die ehemalige Tapetenfabrik Faßbender, die hauptsächlich vom Verein Bonner RockmusikerInnen (VBR) und von der Initiative für ein autonomes Jugend- und Kulturzentrum gefordert wurde. Versprechen? - oder versprochen? - Fakt ist, daß die freien Kulturgruppen, nachdem die CDU die absolute Mehrheit schaffte, am 31.1.85 aus der Blumenhalle flogen, da diese plötzlich für die bildenden Künste vorgesehen war. Im März 1985 wurde dann der Ankauf der Faßbender-Fabrik beschlossen. Die freien Kulturgruppen machten nun, da sie wieder mal auf der Straße standen, Druck und einigten sich im September 1985 mit der Stadt Bonn, also der CDU. - Die ehemalige Brotfabrik in Beuel sollte als provisorische Unterkunft dienen, bis Faßbender fertiggestellt wäre. Nach dem Ankauf der Faßbender-Fabrik wurde am 19.12.85 der Ausbau eben jener beschlossen.

KOMPLIKATIONEN

Die Stadt konnte sich allerdings bezüglich eines Betriebsmodells überhaupt nicht mit dem Trägerverein Faßbender einigen. Auf einmal war alles soooo politisch - und überhaupt, es paßte der CDU gar und gar nicht, daß so ein freies Kulturzentrum auch "frei" verwaltet werden sollte...

Mitte 1986 knallte es dann: auf einer Podiumsdiskussion fuhren sich die "Häuptlinge" der freien Kulturgruppen gegenseitig durch die Haare. Martin Schmidt-Roßleben (Geschäftsführer der Brotfabrik) zog gegen Faßbender an - die ehemalige Tapetenfabrik sei zu groß und viel zu teuer -, die Mensing-Brothers gegen die Brotfabrik...usw...usf...

Die CDU hatte scheinbar mit ihrer Chaos- und Hinhaltetpolitik, Absichten zu erklären, Versprechen abzugeben,

Beschlüsse zu fassen, dies an die Ausschüsse zurückzugeben, zögern, vertagen, um dann den Beschluß wieder aufzuheben....und das selbe Spielchen wieder von vorne, Erfolg gehabt. So wurde im Dezember 1986, also kurz vor der geplanten Fertigstellung Faßbenders, der Anfang der Ausbauarbeiten zurückgestellt. Ein neuer Prüfungsauftrag, der vor allem die Frage ob die Brotfabrik oder Faßbender billiger ist klären sollte, wurde der Verwaltung erteilt. Die Verwaltungsvorlage wurde und wurde nicht fertig - dann, kurz vor der Sommerpause, im Juli 1987 wurde sie dem Kulturausschuß vorgelegt. Plötzlich war Faßbender wieder billiger als die Brotfabrik und so sprach sich die CDU für die ehemalige Tapetenfabrik aus. - Wer hätte das gedacht? - Sie habe ja schon immer nur ein Zentrum gewollt und dann waren da ja noch die RockmusikerInnen, die in der Brotfabrik nicht unterkommen konnten.

mußte, da es ihr mittlerweile so peinlich war, reagieren: Neue Zahlen mußten her, denn plötzlich reichten 215000 DM (vorher 1,2 Mio. DM), um die baurechtlichen Mängel in der Brotfabrik zu beheben. So wurde in der Ratssitzung am 9.7.1987 wieder mal vertagt anstatt endlich einmal eine Entscheidung zu treffen.

Die freien Kulturgruppen durften wie immer warten, hoffen, verhandeln, kungeln... Es kam die Sommerpause, in der die Oberfunkis der Parteien, vor allem die der CDU und die "Häuptlinge" der Kulturgruppen miteinander verhandelten, bzw. wieder mal den Kölschen Klüngel kopierten. - wie sagte Martin Schmidt-Roßleben später: "Politiker sind faul. Du mußt ihnen die Lösungen in den Hals stecken, aber so, daß sie den politischen Erfolg für sich verbuchen können." - So war's denn wohl auch. Denn immerhin schwirrten schon vor der Kulturausschußsitzung JU-Flugis he-



REAKTION

Die freien Kulturgruppen reagierten unterschiedlich: Betroffenheit, Entsetzen und Zorn, die üblichen SCHMEIß ALLES HIN Gedanken - dann die "Trotzreaktion", aber auch Schadenfreude und Zufriedenheit...Daran, daß sich die freien Kulturgruppen wieder mal an einen Tisch setzen, um gemeinsam gegen diesen, von der CDU verabschiedeten Schwachsinn vorzugehen, war aufgrund der langen und intensiven Streitereien ihrer "Häuptlinge" nicht zu denken. Trotzdem kam es zu größeren Protestaktionen, die wohl durch den Zorn auf die von der CDU gemachte Politik ausgelöst wurden. Die CDU

rum, die eben das Ergebnis jener vorwegnahmen und in denen sich die JU damit rühmte (oder besser: mit Ruhm bekleckerte), daß sie die Brotfabrik erhalten habe.

KURZ VOR LADENSCHLUß

Ab Mitte September ging dann alles Schlag auf Schlag. Am 9. kam die neue Verwaltungsvorlage. Sie beinhaltete im wesentlichen folgende Vorschläge:

- die Brotfabrik sollte erhalten und ausgebaut werden.
- der VBR sollte zehn neue Proberäume im Hansa-Haus erhalten

DER TOD



CDU-POLITIK

Hier zeigt sich nun die Politik der CDU. - Nur keine Opposition aufkommen lassen, denn immerhin sind 1989 Kommunalwahlen in NRW. Alle so gut es eben geht, zufriedenzustellen und gleichzeitig das finanzielle Loch der Stadtkasse aufzufüllen, ist ihr Ziel. Politische Entscheidungsgründe gibt es nicht mehr, bzw. hat es nicht zu geben, es geht einzig und allein um den Wahlsieg.

Dies stellte sich auch in der Kulturausschußsitzung heraus. Auf die Feststellung der SPD, die ebenso an der Zwei-Zentren-Faßbender-Brotfabrik-Lösung festhielt, daß es Kulturgruppen gebe, die weder in der Brotfabrik noch im Hansa-Haus unterkommen könnten, antwortete die CDU: "Wenn z.B. ein Theater 900 Plätze hat und 1200 Zuschauer eine Vorstellung sehen wollen, kommen 300 eben nicht rein. Das ist ja auch nicht schlimm!" Ähnlich äußerte sich auch Dr. Theodor Blank, inzwischen Ex-Fraktionsvorsitzender der CDU, der in einem Brief an das AStA-Kulturreferat schrieb: "Strittig diskutiert wurde in den vergangenen Monaten (waren es nicht Jahre? d.Säzz.) der Standort eines derartigen Zentrums auf dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt Bonn."

Die CDU stellte sich also die Frage nach dem Standort eines solchen Zentrums. Und dies auf dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt Bonn. Hat sich die CDU überhaupt schon einmal gefragt, ob so ein Zentrum politisch sinnvoll ist? Die CDU stellt sich doch eher die Frage, ob sie mit den noch verbleibenden finanziellen Mitteln die oppositionellen Gruppen einkaufen, bzw. durch welche verwaltungstechnischen Manöver sie diese zersprengen kann. (Siehe auch Auseinandersetzung um den Synagogenplatz).

Der Stellenwert der freien Kulturarbeit für die CDU läßt sich auch an den Mittelzuwendungen erkennen. So gibt die CDU jährlich über 41 Mio. DM für die Oper aus und weigert sich gleichzeitig, eine einmalige Zahlung von 6,9 Mio zum Ausbau der Brotfabrik und für die kleine Lösung Faßbender vorzunehmen.

UND DER AStA...

Der AStA wendet sich entschieden gegen diese Art von Politik! Er beharrt weiterhin auf der Zwei-Zentren-Brotfabrik-Faßbender-Lösung und wehrt sich gegen jegliche Art von Ghettoisierung freier Kulturarbeit (siehe Hansa-Haus), da der multimediale Charakter von freier Kulturarbeit bewahrt werden muß.

Josef Macher
für das AStA-Kulturreferat



- von der Faßbender-Lösung sollte Abstand genommen werden.

Die wichtigste Entscheidungsgrundlage für diese Vorschläge war, daß sich der Ausbau der Brotfabrik um ca. 2,6 Mio. DM (gegenüber der letzten Verwaltungsvorlage) verringerte, da er nicht als städtische Baumaßnahme, sondern vom Trägerverein Traumpalast e.V. erfolgen sollte. - Wer's glaubt, wird Thunfisch!

Am 21. trafen sich dann die "Obergrus" der freien Kulturszene in der Brotfabrik. Die TraumpalästlerInnen waren im Gegensatz zum Trägerverein Faßbender natürlich zufrieden. Es war

aber wohl für alle überraschend, daß der VBR prinzipiell mit der Ghettoisierung Hansa-Haus einverstanden war und somit von der Faßbender-Lösung Abstand nahm. Er verlangte nur, daß die CDU die im Erdgeschoß des Hansa-Hauses angesiedelte Druckerei rausschmeißt, damit der VBR diesen Raum als Auftrittssaal nutzen kann. Dies wurde dem VBR auch in der Kulturausschußsitzung am 24. 9. von der CDU zugesichert. Dort wurde dann auch die Verwaltungsvorlage mit der Änderung, daß alle in Zukunft im Hansa-Haus freiwerdenden Räume an den VBR gehen, verabschiedet.

Brotfabrik
KULTURZENTRUM IN BEUEL

BÜCHER

Peter Schütt, ... wenn fern hinter der Türkei die Völker aufeinander schlagen - Bericht einer Reise in den Iran, Weltkreis Verlag, 14,80 DM

Der Hamburger Schriftsteller Peter Schütt, engagiert im Komitee gegen den Golfkrieg, erhält Anfang dieses Jahres überraschend ein Einreisevisum in den Iran. In Teheran wohnt er illegal bei Freunden und auf ausgedehnten Streifzügen durch die Stadt beobachtet er den vom Krieg gezeichneten Alltag. Er spricht mit Folteropfern aus dem Ewin-Gefängnis, mit Khomeini-Anhängern, beschreibt die Kriegspropaganda des Fernsehens, erfährt etwas über die sozialen und wirtschaftlichen Funktionen der über 3000 Moscheen in Teheran. Er fliegt nach Maschad an der Grenze nach Afghanistan und der Sowjetunion und begibt sich nach Ghom, dem Zentrum des islamischen Fundamentalismus. Immer wieder geht er auf die kleinen Gesten der Opposition und des Widerspruchs ein, wenn Frauen unter dem Tschador hochhackige Schuhe tragen, weil nach islamischem Glauben die Füße dem Schmutz möglichst weit entfernt sein sollen. Gleichzeitig warnt er vor jeder übertriebenen Hoffnung auf eine schnelle Änderung im Iran. So hat sich die Opposition trotz einiger Fortschritte in der Zusammenarbeit noch nicht auf eine so zentrale Forderung wie die Beendigung des Krieges mit dem Irak einigen können. Angesichts der fast totalen Islamisierung des öffentlichen und privaten Lebens, die die Grundlage der wirksamen Kriegspropaganda ist, richtet Peter Schütt einen dringenden Appell an die Friedensbewegung und die Linke in unserem Land, aus ihrer Erstarrung und Ignoranz gegenüber dem irakisch-iranischen Krieg aufzuwachen und verstärkt Druck auf die Bundesregierung auszuüben, die Lieferungen von Militärgütern wie Lastwagen, Fernmeldeeinrichtungen u.ä. einzustellen.

Ernest J. Gaines, Eine Zusammenkunft alter Männer. Pahl-Rugenstein Verlag, 28,- DM

Zu den Entdeckungen unter den Neuerscheinungen in diesem Herbst gehört für mich dieser Roman des farbigen Amerikaners Gaines. Die Geschichte, die sich Ende der 70er im Süden der USA, in Alabama abspielt, ist schnell erzählt. Ein weißer Zuckerrohrfarmer wird bei einer Auseinandersetzung von einem farbigen Landarbeiter getötet. Seine Leiche liegt am Rande einer schwarzen Siedlung. Die Furcht vor der Lynchjustiz der weißen Cajuns, so nennen sich die Farmer französischer Abstammung, geht um. Da entschließen sich die alten Farbigen der Siedlung, keiner ist unter 65, zu einer einmaligen Aktion. Sie, die sich bei Konflikten mit den Weißen immer weggeduckt haben, nehmen ihre Schrotflinten, begeben sich zum Tatort und erklären dem anrückenden Sheriff, jeder von ihnen habe den Weißen erschossen.

Das Faszinierende dieses Romans liegt nicht nur in der Geschichte selbst, die schnell und zielstrebig ihrem überraschenden Höhepunkt zustrebt, sondern auch in der Erzählart. Das Geschehen, der Fortgang der Handlung, die inneren Konflikte und Überlegungen der handelnden Personen werden jeweils von einem der Beteiligten erzählt. In schnellen filmartigen Schnitten wechselt von Kapitel zu Kapitel die Erzählperspektive, werden die Motive und Haltungen der beteiligten Schwarzen und Weißen deutlich, wird Angst und Widerstandswille und das veränderte Verhalten zwischen den Rassen erzählt. Gaines hat wohl einen der besten Romane zum Verhältnis von Schwarz und Weiß in den Südstaaten der letzten zehn Jahre geschrieben. Kein Wunder, daß der Regisseur Schlöndorff diesen Text filmisch verarbeitet hat.

Arnold Bruns (Progress Buchhandlung)

ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

Gisela Erler: Frauenzimmer. Für eine Politik des Unterschieds, Wagenbach-Verlag 1985

Das Buch von G. Erler ist ein Sammelurteil reaktionärster Vorurteile. Der Unterschied: "Für eine Politik des Unterschieds" ist Programm. Die Grundthese: Männer und Frauen sind biologisch und psychisch prinzipiell unterschiedlich. Politisch-soziale Probleme resultieren aus der psychischen Grundstruktur des Mannes. Ein konstruktiver "ökologischer" Zukunftsentwurf ist nur möglich, wenn dem weiblichen "So-Sein" mehr Anerkennung gezollt wird.

Ist dieser Ansatz schon mehr als suspekt so wird es richtiggehend peinlich, wenn die von Erler entdeckten Unterschiede zwischen den Geschlechtern genauer bezeichnet werden: während Frauen intuitiv, ganzheitlich und kontextorientiert sind, zeichnen sich Männer durch die Eigenschaften analytisch, abstrakt und kontextunabhängig aus. Die Begründung hierfür landet schließlich im Sumpf des Biologismus: Die Autorin ist "der Auffassung, daß die biologischen, durch die Evolution des Menschen geprägten Unterschiede die sozialpsychologischen ergänzen und in vieler Hinsicht ihre tiefere Ursache bilden." Denn es läßt sich doch ohne weiteres "vermuten, die jahrtausende Beschäftigung von Männern mit Aufgaben, die schnelle Reaktion, Stärke, visuelle Koordination, z.B. beim Zielen, erforderten, sich im Hirn eingegraben hat." Und das gilt "natürlich" auch für die Frauen, als deren zentrales Erlebnis Erler "das Mysterium der Schwangerschaft" und die damit verbundenen Eigenschaften des Hegens und Pflegens erkannt hat.

Die Konzepte Erlers laufen auf ein geschlechtliches Apartheid-Modell hinaus: Männer und Frauen sind grundverschieden und wollen deshalb auch in getrennten Bereichen agieren. Das Elend der "Industriegesellschaft und der Massendemokratie" ebnet diese Unterschiede der "formalen Gleichheit" ein. Das war früher besser: "Wo beide Geschlechter unterschiedliche Domänen bewirtschafteten und sich nicht auf die Füße traten, hatten beide auch ihren eigenen Stolz. Männer mögen Frauen tabuisiert und herabgesetzt haben, doch Frauen in ihren vielfältigen Zusammenhängen hatten tausend Möglichkeiten, sich davon abzugrenzen." Denn "jede italienische Mamma in ihrer Küche kennt ihre reale innere Macht."

OH MAMA MIA!

Die aus der 'psychischen Grundstruk-

tur' der Frau abgeleiteten politischen Forderungen sind nichts anderes als eine neu aufbereitete Heim- und Herd-Ideologie: Heimarbeit, Teilzeitarbeit, die Mutter als die ideale Bezugsperson für das Kind, Aufwertung der unbezahlten Tätigkeiten der Frauen ("Subsistenzlogik") vor allem in der Familie, Abbau der "Berührungsängste vor dem familiären Opfergeist", in denen sich die "Angst vor der Weiblichkeit" ausdrückt, Aufräumen mit dem "Mythos der neuen Familienformen" (z.B. WG's).

In einem Punkt kommt die Autorin der Wahrheit nahe. Sie erkennt, daß das reaktionäre Frauenbild des Faschismus heute noch vertreten wird: "Frauenshaft. Gebärrprämi. Mutter-schulen. Arbeitsdienst. Kraft durch Freude ... Alles tausendmal beschrieben und noch immer nicht verstanden."

Wie wahr, Frau Erler.

Magret Feit

Kommunal '87 - Das Taschenbuch für Kommunalpolitik (Vorwärts Verlag: Bonn 1986) 404 S., DM 12,50

Ein Taschenkalender für den sachkundigen und engagierten Bürger, mehrere Termine täglich lassen sich notieren. In 36 Rubriken werden kommunale Einrichtungen, Gliederungen, Verbände und Verfassungen vorgestellt. Anschriften der kommunalpolitischen Fachpresse, der kommunalen Wirtschaft, der Gleichungsstellen, der Datenschutz- und Ausländerbeauftragten gehören zum Kern. Auf Messen, Frei-

zeit- und Kulturangebote, Massenmedien und Kongreßhallen wird hingewiesen.

Das Taschenbuch ist nach rechts offen und nach links zugeschlagen: Unter den Zeitungen ist das Faschistenblatt "Deutsche Wochenzeitung" aufgeführt, während die antifaschistische "Deutsche Volkszeitung / die tat" fehlt wie "konkret" unter den Illustrierten. Mahn- und Gedenkstätten wurden vergessen. Die DKP als "sonstige" ist ausgespart wie gewerkschaftliche Gliederungen. Für die Adressen von Bürgerinitiativen stehen nur zwei, der Atomindustrie dagegen für eine Anzeige gleich vier Seiten zur Verfügung.

Eine Überarbeitung ist notwendig. Für "Kommunal '88" sollten u.a. kommunalpolitische Forschungs- und Lehr-einrichtungen in einer Rubrik erscheinen. Wirtschafts- und sozialpolitische Vereinigungen wären ebenso aufzuführen. Der Spiegel bevorstehender Wahlen müßte um Termine der Kommunalwahlen ergänzt werden.

(H. Meyer)

Spirituelles Adreßbuch 86/87 für den deutschsprachigen Raum (Param Verlag: Clausthal-Zellerfeld 1985) 296 S., DM 12,80

Mehr als tausend Anbieter des Mystischen, Esoterischen, Okkulten oder Spirituellen aus Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik sind in diesem Adreßbuch nunmehr mit Computerhilfe zusammengestellt, nach Postleitzahlen, Alphabet und Stich-

worten geordnet. Nicht der herkömmlich, sondern eher der "alternativ" getönte Irrationalismus ist damit dokumentiert.

Der Psychoboom ist abgedruckt neben destruktiven Kulte, auf Räucherstäbchen folgt das New Age Center, Moonies stehen neben offen faschistischen Sekten. "Dieses Buch ist gefährlich", schreiben die Herausgeber süffisant, es "kann nicht garantieren, daß alle darin angebotenen Hände auch hilfreich sind; manche fassen vielleicht in Ihre Tasche, andere womöglich in Ihre Seele." Warum aber dann ein solches Buch? "Alle Kräfte haben ihre Aufgabe im kosmischen Spiel", so die Antwort.

Verständlicherweise scheitern die Versuche, innerhalb des Irrationalen eine Grenze zu ziehen. So wird denn ein Katalog des freien Marktes der Unmöglichkeiten offeriert. Da gelten nicht allgemeine Einsichten und soziale Orientierungen. Wert allein haben partialisierte Motive und Sonderinteressen. Anstelle objektiver Kriterien steht die subjektive Willkür.

Das Adreßwerk ist unabdingbar für jeden Sektenspezialisten und sicherlich nützlich auch für die Bonner Bildungswerke, die hier nachschlagen können, was sie besser nicht anbieten.

(H. Meyer)

TERMIN

Dienstag 27.10. 19.00 Hör-saal 17, Uni-Hauptgebäude

Valentin Rasputin, Schriftsteller (Irkutsk, UdSSR)

Valentin Rasputin ist einer der sowjetischen Schriftsteller, der sich in seinen Büchern vor allem mit dem Problem der Umweltzerstörung, der gesellschaftlichen Gleichgültigkeit und der Zukunft des Dorfes beschäftigt. Er gehört zu der Gruppe von Schriftstellern, die erfolgreich gegen die Umleitung einiger sibirischer Flüsse gekämpft haben. Seine bekanntesten Romane sind "Abschied von Matjora" und "Der Brand".

Rasputin ist auf Einladung der DKP zu einer Lesereise in die Bundesrepublik gekommen und tritt im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Perestrojka - Umgestaltung in der Sowjetunion!?" auf, die gemeinsam vom Asta, Bildungswerk für Friedensarbeit, Kulturgruppe Slavistik und der Progress Buchhandlung organisiert wird.



AU CHATEAU -

die "andere" Pinte/

Disco in der Südstadt,

Argelanderstr. 24

außer Dienstags ab

20.00 Uhr

Unser Sportangebot umfaßt:



Informationen unter Telefon 210701

Glitzer-Bandeau

So es verrutscht,
labert das Fleisch,
gefährig und talking in oil de soleil,
verpieselt die Bäder, bevor es
entartet, präkanzerös,
gestylt bis zum Schamhaar,
fluoreszierend und fesch;

doch wisse: Den Neurotikerinnen verordnen, nonchalant
jetzt, da es Zeit wird, die
Doctores ihr Teil:
electric salsa Sonnen-Top,
zu tragen täglich in
Erwartung des Beischlafs,
vollzogen vom Phallus,
phantastisch begabt und
fraulich versiert
(was immer das heißt):
Glitzer-Bandeau

Michael Engel

Vom Schattenspiel
Passagen,
doch keiner, der liest

BONNER SOMMER

"Typen auf dem Boden,
wichsten, andere
vom Sabber, dem eigenen, fixten."
Und im whirl-pool
der teaser, lupft sein Gebiß
- aber immer von dem die Sätze,
der in den Exitus seilte, diesen Sommer,
ab und hip:

"Typen auf dem Boden,
wichsten, andere
vom Sabber, dem eigenen, fixten."

Denn dies
- besinnungslos kreisend erregt -
die Tage des
mainline-groove,
die Tage,
an denen Lyrik nicht
reicht
zu titrieren
cold-turkey, der immer noch
zuckt,

wenn dieser Abend
und noch einer
den Arsch
zukneift.

Lyrik

Borderline-Schlizo

Aber im alternden Herbst dröhnt ein Kaiser
und ist nur Horde Sippschaft, fleißlos.
Sie weiß von der Begierde des Ursprungs ohne
Ursprung zu sein: Wollust des Untergangs.
Und ist nur endlich. Ebenbild. Iose
Wer ihn nicht wüßte anfangs. Doch wen?
Einst-tum. Gesundheit. Dies ist die Li-
tanei, die nur sich selbst zerstört.
Nie aber versiege das Närrische. Nur
elender seis, gemeiner. Fruchtbare
fließt aus den Schenkeln der Tod.
Aber ein Siechtum nascht die Fratze.
Lächerlich. Läppischer. Voll des Ekels.
Neuland schuf den Unverrückbaren
das Gespräch. Blind. Bleiern. Bö-
artig. Unvermutet wunderbar. Was
noch könnte verwundern als Unverständnis,
Unseligkeit der Unrast? Bewußteres Morden?
Hinwenden ans Selbst? Sei der Topf kein
Gefäß. Material nur. Behauen. Blind.
Und doch: Ding hoher Art. Als da
wären Wahnsinn Feiertag, Sucht.
Spendierhosen. Farbig. Phantasmen der Flöte.
Sahst du sie Sichel als sie dich
schlug? Neuartiger, nahtloser, niedlich.
Ach du verhuschtes Hündchen! Du liebstest
Klang deiner Worte? Alsdann verloren die
Messer die Schärfe. Seis drum. Avanti.
Vielheit und Tollheit: Sabber vom Feinsten.
Verläßlich, fruchtig. Fastenzeit.
Dein Dichter hofte die Amme. Verfluchter
Verlust. Doch von was? Nahtlos, närrisch,
immerdar. Und brachtest das Schließen
ins Liebliche. Heilall. Hotzenplotz.
Tauber Gesang. Es lebe das Vollkorn.